



Nr. 2 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	Donnerstag, 19. Mai 2011 von 18.00 - 21.45 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Riesen Norbert (SP)	1
Stimmzähler	Schär Roger (parteilos) und Rüfli Roland (FORUM)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Grossniklaus Bruno, Hirt Bruno, Kehrl Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Schärer Liliane, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian (<i>ab 18.25 Uhr</i>)	11
	<i>SVP:</i> Bracher Peter, Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Müller Lucia, Truog Markus, Weber Beat, Wegmüller Nadine, Wegmüller Thomas, Zaugg Gerhard	9
	<i>EVP:</i> Bolliger Renate, Fels Silvia, Schröer Chris, Wagner Peter, Wagner Rahel	5
	<i>FORUM:</i> Bruderer Walter, Schenk Madeleine	2
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz, Leumann Beat (FDP), Schoop Henrik, Werner Michael	4
	<i>CVP:</i> Löhler Sandra, Rippstein Eduard	2
	<i>Total anwesend</i>	<u>36</u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i> Zahler Christian (Gemeindepräsident), Baumgartner Gerhard, Blaser Erich, Ernst Synes, Iten Thomas, Lüthy Ursula, Panayides Alike Maria, Unteregger Schütz Regula, Wegmann Peter sowie Gemein- deschreiberin Meyer Marianne	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Bendoza Thomas, Landolf Marianne, Schaller Esther und Scheidegger Jürg-Sven <i>GR-Mitglieder:</i> --	
Unentschuldigt abwesend	--	

TRAKTANDEN

15. Gemeinderechnung 2010; Genehmigung.....	28
12. Protokoll der 1. GGR-Sitzung vom 17. Februar 2011; Genehmigung.....	35
13. Kinder- und Jugendkommission; Ersatzwahl.....	36
14. Verwaltungsbericht 2010; Genehmigung.....	37
16. Gemeindebaureglement (GBR): Änderung von Artikel 51 (Attikageschoss); Genehmigung	47
17. Personal- und Besoldungsordnung (PBO): Änderung von Artikel 40 (Ausschuss für besondere Fälle); Genehmigung.....	51
18. Kehrtrichtfahrzeug Jahrgang 1995; Genehmigung eines Investitionskredits für die Ersatzbeschaffung	56
19. Motion SVP-Fraktion betreffend Vandalismus 2; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	59
20. Motion der FORUM-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasser und Abwasser (inkl. Sauber-/Regenwasser) zu aktualisieren; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	63
21. Interpellation SP-Fraktion zum Betrieb und zur Zukunft des Hangars; schriftliche Beantwortung.....	64
22. Motion FORUM-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasser und Abwasser (inkl. Sauber-/Regenwasser) zu aktualisieren; parlamentarischer Neueingang.....	65
23. Motion FDP-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasserversorgung und Abwasserentsorgung so anzupassen, dass das Verursacherprinzip konsequent eingehalten und Unterhaltsprojekte ohne Vermischung der Verantwortlichkeiten Gemeinde/Landanstösser durchgeführt werden können; parlamentarischer Neueingang	68
24. Motion SVP-Fraktion betreffend Reservation Spezialfinanzierungsgelder (Konto 2281); parlamentarischer Neueingang	69
25. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Stromsparen; parlamentarischer Neueingang	70

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

1. Gestützt auf Artikel 33 der Gemeindeordnung des GGR nehmen zu den Traktandum Nr. 15 (Gemeinderechnung 2010) Herr Stefan Lanz, Finanzverwalter, und zu Traktandum Nr. 18 (Kehrichtfahrzeug) Herr Thomas Mäusli, Stv. Leiter Werkhof, an der heutigen Sitzung teil.
2. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - ① Datenblätter zum Thema "Energie"
3. Der diesjährige Ratsausflug findet am Dienstag, 8. November 2011 statt. Wir werden uns um 14.15 Uhr beim Bahnhof Ostermundigen treffen und in Richtung Süden nach Thun fahren. Dort wird uns die Stadtentwicklung vorgesellt. Das detaillierte Programm inkl. Anmeldeformular wird noch verschickt.
4. Die nächste Sitzung findet am 30. Juni 2011 statt.
5. Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns in der Gaststube des Restaurants TELL.
6. Ich möchte das Parlament über eine Idee von mir informieren: Die Ratssitzung vom 8. September soll im Bernapark, Deisswil stattfinden. Es gibt sicher Gründe pro und contra für die Verlegung des Sitzungsortes. Der Sitzungsort wird in keinem Reglement explizit vorgeschrieben. Aus diesem Grund erlaube ich mir, das Parlament über die Verlegung entscheiden zu lassen.

A b s t i m m u n g :

Der Sitzungsort "Bernapark" in Deisswil für die GGR-Sitzung vom 8. September 2011 wird mehrheitlich befürwortet.

Mutationen an der Traktandenliste

- Das Traktandum Nr. 15 „Gemeinderechnung 2010“ soll in der Traktandenliste vorgezogen und als erstes Geschäft behandelt werden.
- Das Traktandum Nr. 22: Orientierungen des Gemeinderates entfällt.

Walter Bruderer (FORUM): Es geht um das Traktandum Nr. 20 - Motion FORUM-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasser und Abwasser (inkl. Sauber-/Regenwasser) zu aktualisieren:

Die Behandlung nur als Postulat - wie dies der Gemeinderat beantragt - genügt uns nicht. Wir wollen nicht, dass die im Motionstext erwähnten Probleme nur geprüft, sondern sorgfältig begutachtet und auf geeignete Weise gelöst werden. Darum haben wir Gemeinderat Synes Ernst kontaktiert und ihm einen Motionstext vorgeschlagen, der mit Sicherheit keinen Postulatscharakter mehr aufweist.

Wir ziehen die Motion zurück, reichen sie aber heute mit neuem Motionsauftrag und gleicher Begründung zu Handen der Juni-Sitzung wieder ein.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Der Vorgang ist absolut korrekt. Das Geschäft Nr. 20 wird von der heutigen Traktandenliste gestrichen.

A b s t i m m u n g :

Die korrigierte Traktandenliste wird mit 30 zu 0 Stimmen genehmigt.

20.3.01 Jahresrechnungen

15. Gemeinderechnung 2010; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Die GPK verzichtet auf weitergehende Ausführungen. Ich möchte den folgenden Geschäftsablauf beliebt machen:

- Die Botschaft und anschliessend die Rechnung 2010 werden seiten- resp. departementsweise beraten.
- Allfällig eingereichte Postulate nach Art. 53 Abs. 3 GO GGR werden sofort behandelt und darüber abgestimmt.

Jacques Biner (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat den Verlust von 3,47 Mio. Franken zur Kenntnis genommen. Ein Resultat, das alles anders als erfreulich ist. Dieser Aufwandüberschuss erstaunt uns aber nicht. In den letzten Jahren wurde das Resultat dank Realisierung von Buchgewinnen verschönert. Ohne diese Buchgewinne hätte unsere Gemeinde bereits seit längerer Zeit rote Zahlen geschrieben. Die kantonale Steuergesetzrevision hat die Situation noch verschlechtert. Ostermundigen hat Steuereinnahmen in der Höhe von 2,5 Mio. Franken verloren. Wenn man noch die Steuersenkung von 2005 mit einberechnen würde, müsste man von riesigen Fehlbeträgen reden. Wir stellen aber folgendes fest:

- Auf Ausgabeseite ist das Budget eingehalten oder teilweise verbessert worden. Praktisch alle Abteilungen schliessen besser ab als geplant. Die Ausgaben konnten gegenüber dem Vorjahr mehr oder weniger stabilisiert werden. Die Anstrengungen der Gemeindebehörden bei der Erstellung des Budgets 2010 haben sich auszahlt. Die Gemeinde hat die Ausgaben im Griff. Sparübungen allein werden nicht genügend Wirkung haben.
- Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen sind zum ersten Mal wieder höher als die Vorjahreszahlen. Wegen ausgebliebenen Grundstückgewinnsteuern (die Angelegenheit wird vor Gericht entschieden) liegen diese Einnahmen 1,5 Mio. Franken unter dem Voranschlag zurück. Diese Abweichung begründet fast allein den schlechteren Abschluss gegenüber dem Verlust von 2,55 Mio. Franken im Voranschlag 2010. Das ist aber auch eine einmalige Geschichte. Auch wenn diese Einnahmen kommen, ist unser Problem nicht gelöst.

Was ist jetzt zu tun? Hier einige Vorschläge oder Denkanstösse:

1. Die schlechte finanzielle Situation kann sich in den nächsten Jahre dramatisch entwickeln: Dieses Thema hat 1. Priorität.
2. Nicht die Schuldigen, sondern die Lösungen suchen: Massnahmenkatalog erarbeiten.
3. Die Anstrengungen des Vorjahres bei der Erstellung des Budgets fortzuführen und sogar noch stärken.
4. Anpassung der Steuern: Ein Teil des Steuerverlustes nach der Steuergesetzrevision muss vorübergehend kompensiert werden.
5. Die Entwicklung der Einwohnerzahl nicht als abschliessende Massnahme betrachten.

6. Steuerzahlende juristische Personen akquirieren und pflegen: Akquisitionsstrategie entwickeln mit evtl. steuerliche und administrative Vorteile.
7. Die Entwicklung der Gemeinde fortfahren: Tram, ESP Bahnhof, usw.
8. Impulsprogramm für die Sanierung der Liegenschaften um Steuerzahlende anzulocken: Der Zahl der Sozialfälle stieg stetig (höchster Anteil im Kantonsvergleich). Diese Fälle werden wohl von dem Lastenausgleich übernommen, bringen uns aber keine Steuereinnahmen. Die Infrastrukturkosten fallen gleich an.
9. Den Fall aus dem Verwaltungsbericht als Beispiel zu nehmen: In der Abteilung Finanzen/Steuern (Verwaltungsbericht Seite 46, 2.4 Administration) ist nach einer Pensionierung und einer Anpassung der Aufgaben eine Reorganisation vorgenommen worden, dabei sind 70 Stellenprozent eingespart worden. Dieser Fall zeigt, dass mit Sparmassnahmen die grösste Wirkung bei der Reorganisation erzielt werden kann.
10. Örtliche Zusammenlegung der Verwaltung um Synergie zu nützen und um die Optimierung der Organisation zu ermöglichen.

Wie gesagt, es handelt sich hier um einige Denkanstösse. Alle sind sich einig (inkl. Gemeinderat) es muss etwas geschehen! Unter diesen Voraussetzungen, wird die Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion die Rechnung 2010 genehmigen.

Sandra Löhner (CVP): Wir von der CVP-Fraktion werden trotz dem schlechteren Ergebnis der vorliegenden Gemeinderechnung 2010 zustimmen.

Jetzt steht der Sparwille im Vordergrund und dazu werden sämtliche Ratsmitglieder aufgefordert. Wir von der CVP-Fraktion haben bereits einen Vorschlag deponiert und den runden Tisch einberufen. Im Juni 2011 findet eine erste Sitzung statt.

Aber Achtung: Sparen nicht um jeden Preis; wie das andere wollen. Der Bereich Wohnlichkeit und soziale Einrichtungen (Wohlfühloase) sind für die Gemeinde Ostermundigen wichtig und wichtiger als der Steuersatz. Wir wollen auch in Zukunft Planungen vornehmen können (Tram Region Bern). Langfristig müssen wir investieren, das macht die Nachhaltigkeit der Gemeinde Ostermundigen aus. Auch Ostermundigen als Kulturplatz muss erhalten bleiben. Der TELL und seine Zukunft sind uns wichtig. Hier sind längerfristige Denkvorgänge vonnöten.

Die Steuern wurden vor Jahren gesenkt. Wir haben uns damals schon gegen eine Senkung ausgesprochen. Jetzt steht uns eine Steuererhöhung bevor.

Rahel Wagner (EVP): Eine Gemeinderechnung mit einem Aufwandüberschuss von fast 3,5 Mio. Franken erfreut niemanden. Dazu kommt noch, dass dieser um gut 900'000 Franken höher als im Budget veranschlagt ist. Was bereits seit einigen Jahren vorausgesagt wurde, ist jetzt also eingetroffen. Wir können keine schwarzen, sondern nur noch tiefrote Zahlen schreiben.

Nun ist aber sicher zu berücksichtigen, dass die Nettoinvestitionen zulasten des Steuerhaushaltes 10,8 Mio. Franken betragen. Hauptsächlich fällt die Sanierung der Schulanlage Dennigkofen ins Gewicht. Auch in den letzten Jahren hatte die Gemeinde sehr hohe Investitionen getätigt. Das führt dazu, dass die harmonisierten Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen, welche durch den Steuerhaushalt zu decken sind, allein schon 5 Mio. Franken betra-

gen. Dazu kommen noch die übrigen Abschreibungen zulasten des Steuerhaushalts von 1,1 Mio. Franken. Also nur 6,1 Mio. Franken an Abschreibungen, welche durch Steuererträge bezahlt werden. Dass nun auch die Steuereinnahmen gegenüber dem Voranschlag um 2,1 Mio. Franken eingebrochen sind, fällt stark ins Gewicht.

Die EVP-Fraktion hat anlässlich der Behandlung des Voranschlages 2011 den Antrag gestellt, der Gemeinderat solle beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) für die Jahre 2011 bis 2014 eine Ausnahmegewilligung für einen tieferen Abschreibungssatz gemäss Art. 84 Gemeindeverordnung erwirken, was das Parlament aber ablehnte. Noch heute ist unsere Fraktion der Meinung, dass dies eine gute Lösung wäre, um das Eigenkapital zu schonen, zumal das AGR selbst auf das Jahr 2014 hin die Abschreibungspraxis ändern will. Eine Anfrage beim AGR, ob ein solches Vorgehen eine Chance hätte, könnte doch zumindest versucht werden, auch wenn dies nur Kosmetik ist.

Also, was können wir anderes machen, als Mittel und Wege zu finden, damit die Rechnungsergebnisse der kommenden Jahre nicht ins Bodenlose versinken? Am 14. Juni findet der auf Antrag der CVP organisierte „runde Tisch“ bezüglich des Budgets 2012 mit den Fraktionspräsidien statt. Wir werden nicht darum herum kommen, ein einschneidendes Sparpaket zu schnüren und Entscheide zu fällen, die wehtun und für die wir nicht mit dem Beifall der Bevölkerung rechnen können. Denn es geht nicht um einige tausend Franken, sondern um Millionen, die eingespart werden müssen. Zusätzlich sind Überlegungen anzustellen, wie wir neue Investoren und Firmen gewinnen. Der ESP Bahnhof lässt grüssen.

Zum Schluss aber doch noch etwas Positives: Die EVP-Fraktion dankt der Verwaltung für den vorsichtigen Umgang mit den Ressourcen. Aus der Rechnung ist ersichtlich, dass die Budgetposten für Personal- und Sachaufwendungen grossmehrheitlich unterschritten wurden.

Die Fragen der EVP wurden anlässlich der GPK-Sitzung beantwortet und sind im Protokoll festgehalten. Wir werden die Rechnung 2010 genehmigen.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Wären wir bei einer Generalversammlung einer mittleren oder grösseren Unternehmung, würde wohl eine derart schlechter abschliessende Rechnung als prognostiziert kaum genehmigt und dem Verwaltungsrat kaum Entlastung erteilt. Konsequenter- und logischerweise müsste die Rechnung bei einem um Fr. 900'000.-- grösseren Verlust eigentlich zurückgewiesen werden.

Der Schaden ist da, das Image von Ostermundigen noch ein bisschen schlechter, das Eigenkapital wird halt noch schneller aufgebraucht sein; es nützt also nichts, die Rechnung nicht zu genehmigen.

Seit Jahren hat Ostermundigen eigentlich defizitäre Ergebnisse, wären da nicht noch die Wertberichtigungen und Buchgewinne etc. gewesen. Diese „Reserven“ sind nun grösstenteils aufgebraucht.

Es stören mich u. a. und vor allem zwei Punkte:

- Warum wurde das Parlament nicht vorher über das schlechtere Ergebnis vororientiert? Die Zahlen müssen schon seit längerer Zeit bekannt sein.

- Warum wurden die Investitionen für Vorausleistungen (z. B. Oberfeld) erst im 2010 abgeschrieben? Dies hätte meiner Meinung nach schon früher gemacht werden können, dann sähen die Zahlen hoffentlich etwas besser aus.

Seit Jahren mahnt die FDP zum Sparen. Mit diesem Ergebnis wird die desolante Finanzsituation so richtig vor die Augen geführt.

Ein Merci geht an die Verwaltung für die grosse Arbeit und an die GPK, vor allem an Rahel Wagner für die vielen Fragen. Die FDP-Liberalen-Fraktion wird der Genehmigung der Jahresrechnung 2010 zustimmen.

Walter Bruderer (FORUM): Wir haben die Rechnung 2010 auch mit einiger Besorgnis angeschaut. Ich möchte heute einige Feststellungen und Empfehlungen im Zusammenhang mit der Zusammenkunft am 14. Juni (runder Tisch mit den Fraktionspräsidenten) bekannt geben:

- Erstmals besten Dank für die wertvollen Unterlagen, welche vorgängig verteilt worden sind. Bereits in der GPK wurden viele wertvolle Fragen gestellt und beantwortet. Vielen Dank Rahel Wagner für die kompetenten Fragen.
- Die Aufwände steigen bei vielen Positionen bedeutend steiler als die Teuerung oder/und die Steuererträge.
- Die Abweichungen zum Budget sind bei mehreren Konti teilweise gross, vor allem bei den gemeindeexternen (gegenüber Dritten) Konti. Das Ganze scheint uns untersuchungswürdig zu sein.
- Uns wäre mehr gedient, wenn die Botschaft mehr Vergleiche zum Vorjahr anstellen würde (statt mit dem Budget).

Des weitern habe ich noch vier rein rhetorische Fragen zur gelegentlichen Beantwortung:

1. Wie viel müssen andere Gemeinden pro Einwohner für die Sozialhilfe aufwenden?
2. Ist es wahr, dass einzelnen Sozialhilfe-Empfängern sogar Ferien für die ganze Familie bezahlt werden?
3. Hat der bisherige Bevölkerungszuwachs die erhofften überdurchschnittlichen Steuererträge gebracht?
4. Spezialfinanzierung "Mehrwertabschöpfungen": Wurde sie seinerzeit gebildet, um primär das Tramprojekt zu finanzieren?

Zu den heutigen Empfehlungen:

- Bei Anträgen für Investitionen künftig bitte auch beantworten, welche Mehrerträge oder Mehraufwände sie jährlich liefern bzw. verursachen.
- Abschreibungen von Investitionen, die einen Werterhalt bedingen, sind in Erneuerungsfonds zu steuern.
- Mit dem Geld so umgehen, wie eine Privatperson, die ihre Finanzlage verbessern will.
- Auf Perfektion ist zu verzichten.
- Verbesserungsvorschläge seitens Personal sind zu honorieren und zu fördern (tiefere Aufwände, höhere Erträge).

Selbstverständlich stimmt die FORUM-Fraktion der Rechnung 2010 ohne grossen Enthusiasmus zu.

¹⁾

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich schlage vor, dass die Fragen, welche nicht in direktem Zusammenhang mit der Rechnung 2010 stehen, ebenfalls protokolliert werden.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion verdankt vorab die wie immer sauber geführte, detaillierte Jahresrechnung. Das Ergebnis der Gemeinderechnung 2010 stellt keine Überraschung dar. Im Voranschlag 2010 war ja bereits ein Aufwandüberschuss von Fr. 2'599'370.-- vorgesehen.

Der Rechnungsabschluss bereitet deswegen aber alles andere als Freude. Bekanntlich hat die SVP Ostermundigen am 10. Dezember 2009 sowohl dem Voranschlag 2010 wie auch dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014 seinerzeit nicht zugestimmt, weil sie die Strategie des Gemeinderates, die Gemeinderechnung mittel- bis langfristig ausschliesslich über die Einnahmeseite wieder ins Lot zu bringen schon damals in Frage stellte. Ein Jahr später hat die SVP ihre ablehnende Haltung gegenüber dem eingeschlagenen Weg sogar mit Rückweisungsanträgen kundgetan. Bis heute sind der Gemeinderat und die Mehrheit des Parlamentes jedoch bedauerlicherweise aus unterschiedlichen Gründen nicht gewillt, Kurskorrekturen vorzunehmen.

Dass nun das Rechnungsergebnis wegen eines Rechtsstreits um einen erheblichen Betrag an Grundstücksgewinnsteuern noch um Fr. 907'127.10 schlechter ausfällt als budgetiert, setzt dem unerfreulichen Rechnungsabschluss noch die Krone auf.

Besorgniserregend am vorliegenden Rechnungsabschluss ist nicht das aktuelle Ergebnis, sondern der langfristige Trend bei der Entwicklung der Gemeindefinanzen.

Für das laufende Jahr ist ein noch höherer Aufwandüberschuss vorgesehen und das verbleibende Eigenkapital von Fr. 11'648'324.95 sinkt beängstigend schnell gegen die Null.

Allein mit dem Zuzug neuer einkommensstarker Steuerzahlenden können die Gemeindefinanzen nicht ins Lot gebracht werden und die schon laut angedachte Steuererhöhung ist der Weg des geringsten Widerstandes. Die Gemeinde muss ihre Ausgabenpolitik überdenken. Der Finanzplan 2011 - 2015 muss aus der Sicht der SVP dringend überarbeitet werden. Ohne erkennbare, ernsthafte Bemühungen, den Gemeindehaushalt strukturell und nachhaltig zu verbessern, dürfen keine Steuern erhöht werden. Dabei darf es keine Tabus geben.

Die SVP-Fraktion stimmt der vorliegenden Gemeinderechnung 2010 mit deutlichem Missfallen zu. Sie hofft, dass der einberufene „runde Tisch“ zum Voranschlag 2012 bei den Ortsparteien zu konstruktiven Lösungen führt und nicht zur Erkenntnis, dass in punkto Finanzpolitik der Gemeinde alles beim Alten bleiben könne.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Liegen weitere Voten vor? Dies ist nicht der Fall.

Ich möchte noch auf einen rechtlichen Aspekt hinweisen: Gemäss Art. 53 Abs. 3 GO GGR werden allfällige eingereichte Postulate sofort behandelt. Von dieser Möglichkeit wurde bis jetzt nicht Gebrauch gemacht.

¹⁾ Christian Zeyer (SP) nimmt ab 18.25 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die interessanten Bemerkungen und die von allen Fraktionen in Aussicht gestellte Zustimmung zur tiefroten Rechnung 2010.

Der geforderte "runde Tisch" findet am 14. Juni (Budgetziele) sowie Mitte Oktober 2011 (Budget und Finanzplan) statt. Da handelt es sich um ein gutes Instrument, welches von der CVP-Fraktion angeregt worden ist. Wir teilen die grosse Besorgnis zu den Gemeindefinanzen.

- Frage Michael Werner (FDP): Wieso der GGR nicht vorher informiert worden ist?

Die Antwort hat Ernst Hirsiger (SVP) bereits abgegeben. Er hat erwähnt, dass es leider keine Überraschung ist. Das Ganze ist schlimmer als budgetiert ausgefallen. Das Budget war bereits sehr negativ. In der Trenaussage für 2010 kann im GGR-Protokoll über die schwierige Finanzsituation nachgelesen werden.

Auch die operativen negativen Ergebnisse wurden angesprochen. Dieser Sachverhalt war nie ein Geheimnis und wurde in den Rechnungen und ebenfalls in der Finanzkommission und dem Parlament bereits kundgetan. Mit dem neuen Rechnungsmodell HRM2 ab dem Jahr 2014 werden die operativen Zahlen und das Gesamtergebnis separat ausgewiesen. Die Transparenz wird da verbessert.

Am runden Tisch kann über grundlegende Fragen diskutiert werden.

Finanzverwalter Stefan Lanz: Zu

- Frage Michael Werner (FDP): Die Investitionen im Oberfeld; wieso werden diese erst jetzt abgeschrieben?

Die Mehrwertabschöpfungsbeiträge der Stadt Bern für das Oberfeld sind erst jetzt in Rechnung gestellt worden.

- Frage Rahel Wagner (EVP): Die übrigen Abschreibungen haben die Rechnung nicht belastet resp. zu einem schlechteren Ergebnis geführt.

- Frage Walter Bruderer (FORUM): Was kostet die Sozialhilfe die Gemeinde Ostermundigen?

Die Verrechnung geht pro Einwohner - d. h. 50 % der Sozialausgaben gehen zulasten der Gemeinden und 50 % an den Kanton. Die Berechnung erfolgt pro Einwohner der Gemeinde = ca. Fr. 430.-- pro Einwohner.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Besten Dank für die Beantwortung der Fragen. Seitens des Parlaments liegen keine Wortmeldungen mehr vor und wir können die Schlussabstimmung vornehmen. Der GGR fasst mit 34 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die übrigen Abschreibungen von Fr. 1'104'125.45 zu Lasten der Spezialfinanzierung „Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte“ (Konto 2281.101) werden genehmigt.
2. Die Gemeinderechnung für das Jahr 2010, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 3'466'497.10, wird genehmigt.
3. Der Aufwandüberschuss wird dem Eigenkapital (Konto 2390.101) belastet.

100.3 Protokollgenehmigungen

12. Protokoll der 1. GGR-Sitzung vom 17. Februar 2011; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Walter Bruderer (FORUM) möchte sich noch zur Traktandenliste äussern (→ siehe Protokollierung auf Seite 27).

Ich komme jetzt zurück zum Protokoll der letzten Sitzung. Aus dem Plenum liegen keine Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 1. GGR-Sitzung vom 17. Februar 2011 wird mit bestem Dank an den Ratssekretär genehmigt.

10.6.26 Kinder- und Jugendkommission

13. Kinder- und Jugendkommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für die zurückgetretene Claudia Biner (SP) wird Bruno Grossniklaus (SP), Schiessplatzweg 14, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. März bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Kinder- und Jugendkommission gewählt.

10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

14. Verwaltungsbericht 2010; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Zuerst kann sich das Parlament allgemein zum Verwaltungsbericht melden. Anschliessend wird die departementsweise Beratung vorgenommen. Allfällig eingereichte Postulate werden gemäss Artikel 53 der Gemeindeordnung des GGR sofort behandelt. Die Postulate sind schriftlich am Ratstisch zu deponieren.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Eduard Rippstein (CVP): Uns liegt ein schöner Bericht vor - vielen Dank! Aber uns fehlt seit Jahren etwas im Verwaltungsbericht: Ein einleitendes Kapitel seitens Gemeindepräsident mit sämtlichen schwergewichtigen Themen (z. B. Tram, Oberfeld etc.) des letzten Jahres würde den Verwaltungsbericht massiv aufwerten.

Jacques Biner (SP): Zuerst möchte ich mich in Namen der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion für den ausführlichen Verwaltungsbericht bei den zuständigen Stellen bedanken. Ich hätte eine allgemeine Bemerkung zum gesamten Werk:

Im Verwaltungsbericht sind viele Kennzahlen oder Statistiken vorhanden. Um die Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit zu verbessern, sollten ebenfalls die Vorjahreszahlen ausgewiesen werden. Diese Bemerkung hat in vielen Kapiteln des Verwaltungsberichtes ihre Gültigkeit.

Renate Bolliger (EVP): Jedes Jahr ist es wieder spannend, den Verwaltungsbericht zu lesen. Es ist enorm, wie viel die ganze Verwaltung in einem Jahr leistet. Ich habe mir überlegt, welche Auswirkungen es hätte, wenn nur ein Monat lang die ganze Verwaltung streiken würde, was ich natürlich nicht anrate!

Ostermundigen würde ziemlich schnell vernachlässigt aussehen. Ich denke, das Schlimmste wäre der Abfall, der liegen bleiben würde. Ich denke oft, wenn ich die Kehrtraktfahrzeuge sehe, dass ich sehr dankbar bin für die Arbeit der Werkhofmänner. Und nicht nur für diese, sondern auch für die Arbeit der ganzen Verwaltung.

Dank dieser ist unsere Lebensqualität sehr gross. Das muss man sich immer wieder mal vor Augen führen. Ich sage jeweils den Leuten, dass wir eigentlich unsere Steuern gerne bezahlen sollten. Wenn ich sehe, was ich dafür erhalte, macht es mir auf jeden Fall nicht viel aus, meine Steuerrechnung zu begleichen. In diesem Sinn danke ich allen, die zum Wohl in unserer Gemeinde mitgearbeitet haben und für den interessanten Verwaltungsbericht.

Lucia Müller (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion möchten auch wir den Verwaltungsmitarbeitenden unseren herzlichen Dank aussprechen. Der Verwaltungsbericht zeigt auf, wie viel in Ostermundigen gearbeitet worden ist. Das Geld für die Begleichung der Löhne wird von den Mitarbeitenden verdient; das Geld wird nicht einfach zum Fenster hinaus geworfen.

Ein persönlicher und intensiver Dank gilt der Gartenbauequipe des Werkhofs, welche mit dem Pflanzen der Tulpenzwiebeln im Frühling zum farbigen Dorfbild beigetragen hat.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Merci vielmal an die Verwaltung für die grosse Arbeit. Der Bericht ist mit viel Arbeit verbunden. Für mich persönlich dürfte der Bericht auch etwas weniger detailliert ausfallen. Detailinformationen können von den Interessenten direkt angefragt werden. Die FDP-Fraktion wird dem Verwaltungsbericht 2010 zustimmen.

Walter Bruderer (FORUM): Vorerst besten Dank für den wiederum sehr interessanten und informativen Verwaltungsbericht. Damit wird aufgezeigt, wie viel Arbeit im letzten Jahr von den Mitarbeitenden der Verwaltung geleistet worden ist. Ich möchte wissen, was die Erstellung dieses Verwaltungsberichtes für finanzielle Aufwändungen auslöst. Eventuell kann am 14. Juni (runder Tisch) eine entsprechende Aussage gemacht werden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine allgemeine Bemerkungen mehr vor. Die kapitelweise Beratung kann vorgenommen werden. Sollen politische Vorstösse noch nicht abgeschrieben werden, so bitte ich die Motionärinnen und Motionäre resp. die Postulanten sich zu melden.

Bruno Grossniklaus (SP): Zu

- Seite 14 - Postulate

Eine kleine Korrektur beim Postulat SP-Fraktion betreffend nachhaltiges Oberfeld: Eingereicht wurde das Postulat am 13.1.2006. Das Datum der Erheblicherklärung lautet korrekt wie folgt: 16.2.2006.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die Korrektur kann vorgenommen werden. Auf ein Neudruck des Verwaltungsberichts wird aus Kostengründen verzichtet.

Walter Bruderer (FORUM): Zu

- Seite 16: 1.1 Überparteiliche Motion vom 14.1.1993 betreffend Kreisel Chrüzweg und Einfahrt Steingrübli

Die überparteiliche Motion wurde 1993 vom Parlament zur Realisierung überwiesen, um den bereits damals grossen Transitverkehr abzuwehren. Die Umfahrungsstrasse ist nach wie vor zu wenig leistungsfähig. Im Bericht, den wir kürzlich im Parlament behandelt haben, ist - lediglich zur Erinnerung - eine Zunahme des miV um 25 % prognostiziert worden.

Offensichtlich ist die Entlastungsstrasse vom Oberfeld zur Umfahrungsstrasse kein Thema mehr. Grössere Verkehrsprobleme fürs Dorf könnten jedoch nach dem Bezug der vielen Wohnungen auf dem Oberfeld und der neuen Hättenbergsiedlung entstehen. Frage: Geht der Gemeinderat bereits vor dem Entscheid „pro oder kontra Tram“ davon aus, der Individualverkehr auf der Bernstrasse liquidiere sich selbst, weil Strassen mit Tramschienen und mehreren Rotlichtern aus Stau- und Sicherheitsgründen normalerweise gemieden werden?

Wir akzeptieren den Antrag zur Liquidation der Motion, weil das Volk in einer Abstimmung das Projekt „Entlastungsstrasse durch die Küntigrube“ abgelehnt hatte. Der Vollständigkeit halber ist beizufügen, dass die Gemeinde die Ablehnung selber verursachte, weil sie die Wohnqualität der Anwohnenden von Wiesenstrasse und Wegmühlegässli - entgegen unseren Verbesserungsvorschlägen für die Strasse - total ausser Acht gelassen hatte.

Vor dem Bau der neuen Gebäude am Steingrübliweg ist übrigens den Kaufinteressenten mitgeteilt worden, die Rörswil-Ein-/Ausfahrt werde beim Bau der Oberfeldsiedlung geschlossen. Was nur eine leere Versprechung geblieben ist! Wir bleiben am Ball, u. a. betreffend die nun um so nötigere, rasche Realisierung unseres Postulats mit dem Ziel „Tempo- und damit verbundene Lärmreduktion zwischen Steingrübli und COOP Rüti“.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Das ist eine alte Motion aus dem Jahre 1993. Schon im letzten Jahr haben wir darüber diskutiert und es wurde ein zusätzlicher Vorstoss mit der gleichen Thematik eingereicht. Das Thema ist, die Steingrüblieinfahrt zu sperren, wenn die Entlastungsstrasse durch die ehemalige Küntigrube installiert wird.

Die Frage „braucht es eine Entlastungsstrasse ja oder nein“ wird im Zusammenhang mit dem Tram Region Bern definitiv geklärt. Im Zusammenhang mit der Verkehrsentwicklung und dem Wohnungsbau im Oberfeld kann die Frage heute nicht definitiv beantwortet werden. Im Richtplan Oberfeld ist die Schliessung der Steingrüblieinfahrt mit dem Bau der Entlastungsstrasse vorgesehen.

Der Gemeinderat hat sich entschlossen, die überparteiliche Motion im Zusammenhang mit dem Verwaltungsbericht 2010 abzuschreiben. Das Anliegen, die Steingrüblieinfahrt beim Bau der Entlastungsstrasse zu schliessen, ist anderweitig verankert.

Rudolf Kehrl (SP): Zu

- Seite 18 - 1.7 Motion SP-Fraktion vom 11.9.2008 betreffend Einkaufszenter Mösli

Wenn ich mit meinem Hund spazieren gehe, so habe ich stets einen Robidogsack mit dabei. Ab und zu nehme ich auch das vierjährige Enkelkind mit und so kann es vorkommen, dass dieses dringend eine WC-Anlage aufsuchen muss.

Öffentliche WC-Anlage: Existiert diese wirklich? Im Verwaltungsbericht steht: *Zwischen dem Emmi-Tankstellenshop und der Drogerie Müller sowie Aldi befinden sich die öffentlichen WC-Anlagen.* Weiter unten im Text ist vermerkt: *Da die öffentliche WC-Anlage seit längerer Zeit in Betrieb ist, erübrigt sich eine Pressemitteilung.* Wem hier im Tellaal ist diese WC-Anlage bekannt?

Meine Fragen an den Gemeinderat:

1. Existiert dieses öffentliche WC wirklich?
2. Wenn ja, wieso ist dieses nicht beschildert resp. nie publik gemacht worden?
3. Wer bezahlt die Kosten für diese WC-Anlage? In der Gemeinderechnung wird diesbezüglich nichts ausgewiesen.

Aziz Dogan (SP): Ich habe heute extra das Einkaufscenter im Mösli besucht. Der Schlüssel für die WC-Anlage ist beim Emmi-Shop zu verlangen. Das heisst, hier handelt es sich um keine öffentliche WC-Anlage.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich habe von der Abteilung Hochbau den Hinweis "öffentliche WC-Anlage" erhalten. Wenn ein Schlüssel verlangt werden muss, so ist das nicht unbedingt der Beweis dafür, dass die Anlage nicht öffentlich ist. Und wenn dieser ausgehändigt wird, so ist das nicht die schlechteste Lösung. Die Frage der Beschilderung kann ich nicht abschliessend beantworten - eine Begehung vor Ort wird notwendig sein.

Colette Nova (SP): Zu

- Seite 19 - 1.11 Motion SP-Fraktion vom 22.1.2009 betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr
Der Wortlaut der Motion verlangt vom Gemeinderat bis Ende 2010 ein Konzept, welches Verbesserungen für den Veloverkehr aufzeigt. Wir müssen enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass der Auftrag nicht erfüllt worden ist. Da geht es letztendlich um Sicherheitsfragen. Ein Konzept wäre der erste Schritt für eine Verbesserung. Im GGR-Protokoll kann nachgelesen werden, dass im Jahr 2011 das Geschäft endlich angegangen werden soll. Ich hoffe nun: "Was lange währt wird endlich gut!" Die Frist wurde bereits überschritten und das Geschäft soll in diesem Jahr unbedingt erledigt und dem Parlament vorgestellt werden! Als dann können wir über weitere Massnahmen entscheiden.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Die Abteilung Tiefbau ist mit dem ganzen Tramprojekt sehr beschäftigt. Für das Anliegen der Motionäre muss ein externer Auftrag erteilt werden. Ich hoffe, dass das Parlament bei der Budgetdebatte sich den Honorarkosten bewusst ist. Die Wichtigkeit der Thematik ist allen klar.

Eduard Rippstein (CVP): Zu

- Seite 22 - 2.8 Überparteiliches Postulat vom 30.10.2008 betreffend Sport- und Kulturhalle
Dem Gemeinderat wurde der Auftrag erteilt, ein Konzept zu erarbeiten. Nicht erledigt, d. h. Job nicht erfüllt.

Ein Bericht resp. ein Konzept erstellen heisst, etwas denken und die optimalste Variante mit einer Dreifachturnhalle inkl. Nebenräumen sowie mit Mantelnutzung für die Vereine aufzeigen. Aus finanziellen Gründen wird das Ganze leider zurückgestellt. Ich kann nur sagen: Gemeinderat erfülle deinen Job!

Roger Schär (parteilos): Besten Dank den Voten des Vorredners. Ich möchte diese noch unterstreichen. Der Auftrag für die Errichtung einer Machbarkeitsstudie wurde in Angriff gegeben. Die Resultate sowie die Bedürfnisabklärung bei den Vereinen wurden nie veröffentlicht. Auch über die Finanzierbarkeit wurde nicht informiert. Für mich fällt der ganze Sachverhalt ebenfalls kläglich aus.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Das Thema "Sport- und Kulturhalle" wurde mit den Fraktionspräsidien bereits im Zusammenhang mit dem TELL diskutiert. Die Umfrage resp. die Bedürfnisabklärung bei den Vereinen wurde durchgeführt. Bei den internen Diskussionen musste festgestellt werden, dass zuerst das weitere Vorgehen des TELLs festgelegt werden muss. Erst dann ist absehbar, ob weitere Projekte noch Platz resp. notwendig resp. sinnvoll sind.

Bevor dem Parlament eine Vorlage mit der Weiterführung des Tellareals vorgelegt wird, sollen dem Parlament die Auslegeordnung der Begehren und die Angebote vorgestellt werden. Der Gemeinderat will sein Angebot demnächst offen legen.

Eduard Rippstein (CVP): Es ist nicht die Frage vom Huhn und vom Ei - das ist die falsche Frage. Es wurde ein Konzept über alles einverlangt. Darin kommt vielleicht auch der TELL vor. Ein Konzept „Sport- und Kulturhalle“ heisst nicht, dass zuerst die Tellfrage geklärt werden muss. Der Gemeinderat nimmt dieses Geschäft von der falschen Seite in Angriff.

Christian Zeyer (SP): Zu

- Seite 18 - 1.4 Motion N. Riesen (SP) vom 25.3.2010 betreffend mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum

Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat den Gemeinderat schon mehrmals über das schleppende Vorgehen bei den politischen Vorstössen gerügt. Dieser Missstand gilt auch bei dieser Motion. Die Aussagen im Verwaltungsbericht sind sehr mager resp. sogar ein "Seich". Da wurde die Chance verpasst, auf den Kern der Motion einzugehen. Der Kern der Motion ist mehr Sicherheit in Ostermundigen. Sicherheit hat nicht nur mit der Polizeipräsenz zu tun. Sicherheit hat auch mit Kommunikation zu tun. Sicherheit hat damit zu tun, dass alle getroffenen Präventivmassnahmen publiziert werden. Im Zusammenhang mit Vandalismus wird in Ostermundigen einiges getan. Leider wird zu wenig kommuniziert und die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich weniger sicher als sie sich fühlen könnten.

Wenn über getroffene Massnahmen nicht kommuniziert wird, dann werden Steuergelder verschenkt. Es entsteht ein schlechtes Sicherheitsgefühl und dieses muss mit vermehrter Polizeipräsenz korrigiert werden.

- Seite 21 - 2.4 Postulat SP-Fraktion 16.2.2006 betreffend nachhaltiges Oberfeld

Ich bitte das Parlament, das Postulat als nicht erledigt zu betrachten. Ich stelle den folgenden **Änderungsantrag Nr. 1:**

Das Postulat ist nicht abzuschreiben - es ist noch viel zu früh!

Das Oberfeld wurde noch nicht überbaut und die nachhaltige Siedlung wurde noch nicht gebaut. Der GGR verlangte mit der Überweisung des Postulates, dass der Prozess im Oberfeld in die richtige Richtung läuft. Bis jetzt hat der Gemeinderat für ein nachhaltiges Oberfeld noch nichts getan. Noch sind nicht alle Klippen umschiffen. Der Weg ist noch nicht vollständig frei. Es ist notwendig, dass der Nagel resp. die Fahne bestehen bleibt.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Möchte sich noch jemand zu dem Änderungsantrag äussern? Wenn dies nicht der Fall ist, so möchte ich zum ersten Anliegen von Christian Zeyer (Polizeipräsenz) zurückkehren.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Mit Interesse habe ich den Ausführungen und Interpretationen von Christian Zeyer (SP) zugehört. Vielen Dank dass ihr den neuen Leiter Öffentliche Sicherheit an die Fraktionssitzung eingeladen habt. Informationen stellen immer ein "Holprinzip" dar. Wir haben gegenüber den Medien stets informiert. Ich war auch am Radio zu hören. Wir sind auch weiterhin gerne bereit, Auskünfte zum Postulat resp. zum Thema "Vandalismus" zu erteilen.

Christian Zeyer (SP): Die Motion von Norbert Riesen ist ein Thema, welches der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion besonders wichtig ist. Wir interpretieren den Inhalt ein wenig anders. Wir wollen nicht mehr Polizeipräsenz die nichts bringt.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Den Vorwurf, dass der Gemeinderat für die nachhaltige Entwicklung im Oberfeld nicht viel getan hat, möchte ich zurückweisen.

1. Das autofreie Wohnen im Oberfeld hat der Gemeinderat ermöglicht. Dies zählt schweizweit resp. in der Gemeinde Ostermundigen nicht zum Standard.
2. Den Nutzungsbonus bei energieeffizientem Bauen haben wir eingeführt. Dieser wird von den Bauherrschaften im Oberfeld voll und ganz konsumiert.
3. Ein Workshopverfahren für die städtebaulichen Voraussetzungen wurde seitens Gemeinde finanziert und durchgeführt. Die städtebaulichen Qualitäten sollen unterstützt werden. Das Ganze hat die Gemeinde Ostermundigen rund Fr. 120'000.-- gekostet.

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, das Postulat abzuschreiben, da der Gemeinderat nicht noch mehr tätig werden kann. Die erforderliche UeO "VELOstattAUTO" wird am 8. September 2011 dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt.

2. Vizepräsident Markus Truog (SVP): Zu

- Seite 19 - 1.12 Überparteiliche Motion vom 10.9.2009 betreffend Ersatz der Autodrehleiter
Dem Gemeinderat gebührt ein grosses Dankeschön für die speditive Bearbeitung dieses Geschäftes resp. dieses Auftrages. Die Autodrehleiter ist eingetroffen. Die Ausbildung an diesem neuen Fahrzeug läuft zurzeit auf vollen Touren. Am Samstag, 18. Juni 2011 um 11.00 Uhr können alle Interessierten auf dem Pausenplatz der Schulanlage Bernstrasse die Einsatzmöglichkeiten dieses neuen Fahrzeuges kennen lernen.

Madeleine Schenk (FORUM): Zu

- Seite 22 - 2.6 Postulat FORUM-Fraktion vom 13.12.2007 betreffend Bernstrasse-West: Verbesserung im Rahmen der Belagsanierung

Wir sind mit der Abschreibung des Postulates einverstanden. Die aufgestellten Pflanzkübel sowie die im Frühling angepflanzten roten Tulpen geben viel Wohnqualität ab. Besten Dank dem Werkhofpersonal für diese Verschönerungsaktion.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Zu den politischen Vorstössen liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir nehmen die kapitelweise Beratung des Verwaltungsberichtes vor.

Eduard Rippstein (CVP): Zu

- Seite 28 - Axioma-Einführung

Mit Freude habe ich von der Einführung dieses Geschäftsverwaltungstools gelesen. Ich hoffe, dass die Geschäftsleitung dieses Tool einsetzt. Die Geschäfte sollen per sofort geführt werden, die Terminkontrolle ist wahrzunehmen, die Geschäfte sollen den richtigen Abteilungen zugeführt werden, damit sie diese richtig, korrekt und rechtzeitig beantworten resp. erledigen können.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Im Kapitel "Präsidiales" wird auch die Behörden- und Verwaltungsreform erwähnt. Das positive Abstimmungsresultat im Frühling 2011 stellt einen grossen Erfolg dar. In diesem Zusammenhang möchte ich allen Beteiligten nochmals ein grosses Merci aussprechen (inkl. dem ursprünglichen Initianten Rolf Rickenbach).

Jacques Biner (SP): Zu

- Seite 43 - 5.4 Gemeindebibliothek

Der Bericht erläutert die verschiedenen Veranstaltungen, die im Berichtsjahr mit Erfolg organisiert worden sind. Interessant und wichtig für die Leserschaft wären Informationen und Zahlen über den laufenden Betrieb im Vergleich mit dem vorjährigen Betrieb.

Madeleine Schenk (FORUM): Allgemeine Bemerkung: Ein grosser Dank gebührt Rahel Wagner (EVP) für den Fragenkatalog zuhanden des GPK-Protokolls.

- Seite 41 - 2.6 Projekt "Win - Drei Generationen im Klassenzimmer"

Wir regen an, dieses Projekt in der „Bantiger Post“ oder in den Tageszeitungen publik zu machen. Eventuell würden noch mehrere freiwillige Senioren gefunden, die sich gerne zur Mithilfe verpflichten würden.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Thomas Iten (SP): Besten Dank für die Feedbacks. Die zweite Frage von Madeleine Schenk (FORUM) müssen wir mit den Medien besprechen.

Den Input von Jacques Biner (SP) nehmen wir auf. Wir versuchen diesen in den nächsten Verwaltungsbericht 2011 einfliessen zu lassen.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Der Verwaltungsbericht 2010 ist in der Rechnung 2010 abgebildet. Aus diesem Grund fällt der Beitrag der Abteilung Finanzen/Steuern so knapp aus.

Bruno Hirt (Grüne): Zu

- Seite 49 - 3.1 Liegenschaftsunterhalt; Allgemeiner Betrieb

Der Stromverbrauch in den Schulanlagen und in den Verwaltungsgebäuden steigt von Jahr zu Jahr. Gibt es Massnahmen, diesem Sachverhalt entgegen zu wirken?

Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP): Die Anfrage von Bruno Hirt (SP) ist zutreffend. In der Energiekommission werden Analysen und Abklärungen vorgenommen. Das Problem ist erkannt.

Madeleine Schenk (FORUM): Ich habe zum gleichen Thema eine Anmerkung:

Nebst den schon vorgeschlagenen Punkten (siehe GPK-Protokoll) sollten alle Mitarbeitende ermuntert werden, die Geräte und das Licht aus zu schalten, wenn kein unmittelbarer Bedarf vorhanden ist. Beim Kanton war dies letztthin auf jeden Fall geschehen.

Christian Zeyer (SP): Zu

- Seiten 51/52 - Schulanlage Dennigkofen: Sanierung Hallentrakt

Ich möchte noch eine Ode an die Schulanlage Dennigkofen kund tun. Die Sanierung kann als Erfolg betitelt werden. Das Minergiezertifikat konnte überreicht werden. Auf dem Dach wurde eine Fotovoltaik²⁾ eingerichtet. Besten Dank allen Beteiligten.

Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP): Vielen Dank für die lobenden Worte. Den Dank gebe ich gerne an die entsprechenden Stellen weiter.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Zu

- Seite 58 - 2.3.1 Weihnachtsbeleuchtung im Dreieckpark

GPK-Protokoll Seite 27: Frage: *Wie geht es der Weihnachtstanne, wird sie über die Runden kommen?*

Antwort: *Wir hoffen, dass wir die Tanne bis zum Baubeginn im Jahr 2014 der Tramlinie Region Bern erhalten können.*

Ich habe mich über die Antwort geärgert! Solche Bemerkungen erachte ich als absolut überflüssig und unangebracht! Es ist alles andere als klar, ob überhaupt eine Tramlinie gebaut wird. Dies bestimmt letztendlich das Stimmvolk.

²⁾ Wikipedia: Unter **Photovoltaik** bzw. **Fotovoltaik** versteht man die direkte Umwandlung von [Lichtenergie](#) in [elektrische Energie](#) mittels [Solarzellen](#).

Christian Zeyer (SP): Ich weiss nicht genau wo ich meine Anmerkung zur "Naturbepflanzung der Kreisel" anbringen soll. Es ist lobenswert, dass auf die Biodiversität³⁾ im öffentlichen Raum geachtet wird. Aber hier gibt es noch Verbesserungspotential um eine bessere Ergänzung und Vernetzung erreichen zu können. Ich möchte den Bauabteilungen ans Herz legen, hier gemeinsam ein Optimum anzustreben. Laut OECD-Bericht ist eines der grössten Umweltprobleme in der Schweiz die Biodiversität.

Eduard Rippstein (CVP): Zu

- Seite 93 - 5. Winterhilfe der Gemeinde

Mit Schrecken habe ich vernommen, dass die Winterhilfe an den Kanton überführt worden ist. Das war das letzte freie Geld, welches dem Sozialdienst zur Verfügung stand. Der Sozialdienst hat nun keinen einzigen Franken mehr, um unkompliziert jemandem (z. B. ein Kind, welches ein Ferienlager besuchen wollte, ein kurzfristiger Vorschuss etc.) finanziell zu helfen.

Ich schlage vor, dass der Gemeinderat den Abteilungsleitenden beauftragt, ein Konzept "Winterhilfe Ostermundigen" aufzubauen. Damit der Gemeinderat etwas unternehmen muss, spende ich sofort Fr. 100.-- zugunsten der Winterhilfe Ostermundigen.

- - - **A p p l a u s** - - -

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Besten Dank - es ist nicht ganz einfach eine Parlaments-sitzung zu leiten. Spenden kann man später noch abgeben.

Departementsvorsteher Soziales Gerhard Baumgartner (EVP): Besten Dank Eduard Rippstein für den Input. Wir können nichts dafür, dass die Winterhilfe an den Kanton überführt worden ist. Wir werden mit einem unkomplizierten Konzept eigene freiwillige Gaben verwalten. Der gemeinnützige Frauenverein unternimmt in dieser Beziehung viel und ist in Ostermundigen z. B. mit Naturalspenden führend. Wir nehmen das Anliegen entgegen. Besten Dank für die ersten Spenden.

Rudolf Kehrli (SP): Zu

- Seite 94 - 7. Fachkommission für Altersfragen

Die Alterssiedlung Wiesenstrasse war im Parlament schon mehrmals im Gespräch - vor allem wegen den fehlenden Anbindungen an den öffentlichen Verkehr. Dieser missliche Zustand wird noch längere Zeit so bleiben. Im Verwaltungsbericht steht geschrieben, dass subventio-

³⁾ WWF Schweiz: Biodiversität ist die Vielfalt des Lebens. Dazu gehören alle Arten, von den kleinsten Bakterien über Pflanzen bis zu den grössten Säugetieren wie Elefanten oder Blauwale. Dazu gehören aber auch die Lebensräume, in denen diese Arten leben, zum Beispiel Wälder, Steppen, Wiesen, Seen und Meere. Auch die Variabilität des Erbguts innerhalb der Arten, die so genannte genetische Vielfalt, ist Teil der Biodiversität.

nierte Taxigutscheine an die Bewohnerinnen und Bewohner abgegeben werden. Meine Fragen:

a) Besteht ein Run auf die Gutscheine und wie werden diese verteilt?

b) Wie viele Gutscheine wurden im letzten Jahr verteilt?

Resümee: Die Fragen a) + b) zusammengefasst ergeben die Erfolgskontrolle.

Departementsvorsteher Soziales Gerhard Baumgartner (EVP): Ich nehme die beiden Fragen gerne entgegen. Die detaillierten Zahlen werden nachgeliefert.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Zum Verwaltungsbericht 2010 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich bitte den Rat die GGR-Botschaft zur Hand zu nehmen. Wir werden über den gemeinderätlichen Antrag Ziffer für Ziffer abstimmen.

B e s c h l u s s :

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2010 wird einstimmig genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2010 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - Überparteiliche Motion vom 14. Januar 1993 betreffend Kreisel „Chrüzweg“ und Einfahrt „Steingrübli“ (→ einstimmig genehmigt)
 - Überparteiliche Motion vom 10. September 2009 betreffend Ersatz der Autodrehleiter (→ einstimmig genehmigt)
 - Überparteiliche Motion vom 10. September 2009 betreffend Überdachungen von Bushaltestellen (→ einstimmig genehmigt)
 - Motion EVP-Fraktion vom 20. Mai 2010 betreffend Vermietung des Tell-Saals an die Business Academy Corp. und Erstellung von Vermietungskriterien (→ einstimmig genehmigt)
 - Überparteiliche Motion vom 20. Mai 2010 betreffend Weiterführung des Restaurants Tell (→ einstimmig genehmigt)
 - Postulat SP-Fraktion vom 16. Februar 2006 betreffend nachhaltiges Oberfeld (→ 17 zu 15 Stimmen genehmigt)
 - Postulat FORUM-Fraktion vom 13. Dezember 2007 betreffend Bernstrasse-West: Verbesserung im Rahmen der Belagsanierung (→ einstimmig genehmigt).

10.0.11 Reglement Gemeinde (früher: 10.11)
10.22.0.07 Baureglement (früher: 10.2207)

16. Gemeindebaureglement (GBR): Änderung von Artikel 51 (Attikageschoss); Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion hat anlässlich des Mitwirkungsverfahrens im Sommer 2010 der Dienststelle Planung ihre Bemerkungen und Vorschläge eingereicht. Sie steht der Änderung von Artikel 51 skeptisch gegenüber. Dies aus folgenden Gründen:

- Der bisherige Artikel 51 des kommunalen Baureglements ist sehr einfach gefasst und baut auf dem Anspruch auf, dass das Attikageschoss nicht als zusätzliches Vollgeschoss wahrgenommen werden darf. Zugegebenermassen ist der Gestaltungsspielraum der Architekten eingeschränkt und der Ruf nach einer flexibleren Lösung verständlich.
- Bei näherem Hinsehen erweist sich jedoch eine Öffnung nicht als unproblematisch, da sehr schnell der Eindruck eines weiteren Vollgeschosses entsteht. Die EVP ist der Meinung, dass eine Abweichung von der jetzigen Regelung die Ausnahme sein soll und für Nachbarliegenschaften keine wesentlichen Nachteile entstehen dürfen.

Zu den einzelnen Absätzen von Artikel 51 äussert sich die EVP-Fraktion wie folgt:

- Abs. 1: Zu diesem Absatz haben wir keine Bemerkung.
- Abs. 2: Mit einer erlaubten Fassadenhöhe bei Attikageschossen von 3.20 m zeigt sich Ostermundigen bereits heute grosszügig. Vielerorts sind lediglich 3 m erlaubt. Sollte auch bei einer Isolation nach Minergie- oder Minergie P-Vorgaben bei einer Geschosshöhe von 3.20 m noch eine Raumhöhe von 2.40 bis 2.50 m möglich sein, müsste von einer Erhöhung auf 3.50 m abgesehen werden.

Die EVP stellt den **Änderungsantrag Nr. 1** mit folgendem Wortlaut für Absatz 2:

„Die Attikafassaden dürfen, von oberkant Attikaboden bis oberkant Dachrand gemessen, nicht höher als 3.20 m sein. Ist aus isolationstechnischen Gründen eine Einhaltung dieser Höhe nicht möglich, kann eine Ausnahme bis zu einer Fassadenhöhe von höchstens 3.50 m erteilt werden. Die Attikafassaden sind - mit Ausnahme des Treppenhauses - wenigstens um 1.50 m von den Fassaden des darunterliegenden Vollgeschosses zurückzunehmen.“

- Abs. 3: Hier zeigt sich die Schwierigkeit der Formulierung einer flexiblen Lösung besonders gut. Die erlaubten bündigen 70 % der Länge der darunter liegenden Fassade sind nach Auffassung der EVP eine willkürliche Toleranzgrösse. Wird die Bündigkeit, wie im zweiten grafischen Beispiel gezeigt, auf vier Seiten in Anspruch genommen, ist die Toleranz zu hoch. Andererseits kann man sich gut vorstellen, dass bei einer einseitigen Bündigkeit der erlaubte Wert ohne Beeinträchtigung der Nachbarschaft höher sein könnte, beispielsweise auf der einer Gewerbezone, einem Wald oder einem Abhang etc. zugekehrten Seite des Gebäudes.

Die EVP beantragt deshalb mittels **Änderungsantrag Nr. 2** folgenden Wortlaut für Absatz 3:

„Auf den umfassenden Rücksprung kann - ausser in der Wohnzone W2, der Wohn- und Gewerbezone WG2 sowie in der Dorfschutzzone DS - ausnahmsweise auf einer Gebäudeseite verzichtet werden, wenn die Attikagrundfläche gegenüber dem Regelfall gemäss Absatz 2 nicht erhöht wird.“

- Abs. 4: Die Erhöhung des erlaubten Dachvorsprungs von 0.30 m auf 3.00 m ist im Hinblick auf die Wahrnehmung der Gebäudehöhe äusserst problematisch und kann von der EVP nicht unterstützt werden. Wenn die Balkonbrüstungen des Attikageschosses aus massivem Beton erstellt werden und dort noch ein mit der darunter liegenden Fassade bündiger Dachvorsprung hinzukäme, würde der Aufbau bestimmt als zusätzliches Geschoss wahrgenommen, was bei Attikageschossen ja vermieden werden will. Bei einem Rücksprung des Attikageschosses von normalerweise 1.50 m (Abs. 2) ist ein Dachvorsprung von höchstens 0.50 m sinnvoll.

Die EVP beantragt mittels **Änderungsantrag Nr. 3** folgenden Wortlaut für Absatz 4:

„Der Dachvorsprung des Attikageschosses darf höchstens 0.50 m über die Fassadenflucht der Attika hinausragen, jedoch maximal auf die Flucht des darunterliegenden Vollgeschosses.“

- Abs. 6: Die EVP unterstützt diesen Absatz, da er eine extensive Begrünung der Flachdächer vorschreibt und auf eine Abschwächung mit dem Zusatz „in der Regel“ verzichtet.

Die EVP-Fraktion bittet das Parlament um Unterstützung ihrer Anträge.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Besten Dank für die abgegebenen Unterlagen. Das Ganze geht in Richtung verdichtetes Bauen, auch die Vorgabe, dass Flachdächer intensiv begrünt werden müssen, ist richtig. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass bei begrünten Flachdächern der Wasserabfluss nach einem Gewitter viel dosierter und auch kontrollierter ist. Auch sind die Temperaturunterschiede viel geringer.

Die Erläuterungen von Rahel Wagner (CVP) sind für mich zu technisch ausgefallen. Wir können das Geschäft unterstützen.

Walter Bruderer (FORUM): Es ist wichtig, dass mit der Attikageschossregelung nicht nur ein zusätzliches Geschoss gebaut werden kann. Die Idee des verdichteten Bauens muss sein, dass auf dem gleichen Platz möglichst viel Wohnungsraum entsteht.

Auf einem Flachdach sollte es möglich sein, möglichst viele Sonnenkollektoren zu installieren. Im Interesse der Gemeinde sollen möglichst finanzkompetente Bürgerinnen und Bürger eine Dachwohnung belegen.

Wir können die Änderungsanträge der EVP-Fraktion mit den neuen Massen nicht unterstützen

Christian Zeyer (SP): Bündnerfleisch entsteht, in dem ein Stück Fleisch lange und trocken abgehängt wird. Ich bin überzeugt, dass der vorliegende Artikel 51 lange und trocken abgehängt ist. Dieser sollte unverändert durch das Parlament beschlossen werden, zumal Fachleute das Ganze überarbeitet und vorgeprüft haben. In den umliegenden Gemeinden kommt dieser veränderte Artikel 51 bereits heute zur Anwendung.

Beat Weber (SVP): Die SVP-Fraktion sagt ebenfalls ja zur Baureglementsänderung. Mit der Änderung von Artikel 51 können die Bauherren und Architekten flexibler und zeitgemäss bauen. Attikawohnungen sind besondere Wohnungen mit notwendiger Beschattung resp. Vordach. Die Attraktivität dieser Attikawohnungen widerspiegelt sich im Kauf- resp. Mietpreis.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, hat das Parlament über die vorliegenden Änderungsanträge der EVP-Fraktion abzustimmen. Zum neuen Absatz 3 (Änderungsantrag Nr. 2) möchte ich noch einen rechtlichen Vorbehalt anmerken: Die Formulierung *...kann ausnahmsweise...* scheint mir recht fragwürdig formuliert zu sein. Bei einer Annahme dieses Änderungsantrages Nr. 2 muss der Wortlaut noch rechtlich geprüft werden.

Beat Leumann (FDP): Bevor wir zur Abstimmung treten, müssen die rechtlichen Fragen abgeklärt werden. Verstossen wir nicht gegen geltende Normen? Sind diese Änderungen überhaupt möglich? Darüber wollen wir uns nicht lange aufhalten; wir werden die Änderungsanträge nicht unterstützen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Das ändert nichts am Vorgehen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte dem Parlament beliebt machen, den Artikel 51 unverändert zu überweisen. Der Gemeinderat hat sich ausführlich mit der vorliegenden Formulierung auseinandergesetzt. Wir wollen mit diesem Artikel mehr Flexibilität ermöglichen. Mit den Attikageschossen soll eine bessere Wohnqualität erreicht werden, ohne dass die Nachbarschaft tangiert wird. In den höheren Zonen nehmen auch die Gebäudeabstände zu. Eine Differenzierung ist deshalb durchaus sinnvoll.

Es wird nicht möglich sein, die 70 % bei jeder Fassade zu realisieren, deshalb haben wir die zusätzliche Bestimmung, dass die Fläche nicht grösser als bei einem konventionellen Attikageschoss sein darf. Wenn mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen, können auch grössere Aussenräume auf den Terrassen angeboten werden. Bei einer Balkontiefe von durchwegs 1,50 m Breite entstehen keine attraktiven Aussenräume. Ich finde es durchaus schade, wenn bei Attikageschossen kein Dachvorsprung zugelassen werden soll.

Die Isolation wird mit einem Nutzungsbonus ausgestattet. Gut isolierte Häuser sollten heute zum Wohnungsstandard gehören. Eine hohe Raumhöhe gehört ebenfalls zur Attraktivität einer Wohnung. Wir dürfen im vorliegenden Fall nicht mit minimalen Nutzungsmassen rechnen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir können über die **Abänderungsanträge Nr. 1 bis 3** der EVP-Fraktion abstimmen.

A b s t i m m u n g :

- Der Änderungsantrag Nr. 1 zu Absatz 2 wird mit 28 zu 4 Stimmen abgelehnt.
- Der Änderungsantrag Nr. 2 zu Absatz 3 wird mit 28 zu 4 Stimmen abgelehnt.
- Der Änderungsantrag Nr. 3 zu Absatz 4 wird mit 27 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Somit hat der Grosse Gemeinderat (GGR) noch die Schlussabstimmung vorzunehmen. Der GGR fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Änderungen in Artikel 51 des Gemeindebaureglements werden genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

10.0.11 Reglement Gemeinde (früher: 10.11)
10.9.22 Dienstvorschriften/Weisungen (siehe unter 10.04)

17. Personal- und Besoldungsordnung (PBO): Änderung von Artikel 40 (Ausschuss für besondere Fälle); Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

2. Vizepräsident Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion, sowie auch ich als Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung sehen den Sinn der vom Gemeinderat beantragten Änderung der Personal- und Besoldungsordnung voll und ganz, und teilen die Begeisterung der Abteilungsleiterkonferenz und der Personalkommission.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht, alle Massnahmen zur Verhinderung von sexueller Belästigung oder Mobbing zu treffen, muss die Gemeinde weiterhin über das entsprechende Instrument verfügen. Bisher war ein Ausschuss bestimmt, welcher aus in der Thematik nicht besonders geschulten Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung besetzt war. Zum Glück musste dieser Ausschuss meines Wissens nie ernsthaft eingesetzt werden. Wir hoffen, dass dies auch weiterhin mit der neuen Organisation der Fall sein wird. Aber wir erachten es als äusserst sinnvoll, im Ernstfall auf erfahrene bzw. ausgebildete Personen greifen zu können.

Ich selber würde zudem im Fall von Problemen als Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung viel lieber auf aussenstehende, neutrale Personen, als auf Arbeitskolleginnen oder -kollegen zugehen. Die jährlichen Kosten von Fr. 5'600.-- betrachten wir als eine Art Prämie an eine Versicherung, die man nie zu benötigen erhofft.

Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Antrag und stimmt ihm vorbehaltlos zu.

Heinz Gfeller (FDP): Hier handelt es sich nicht um eine Finanzvorlage, hier handelt es sich um eine "Betriebskulturvorlage". Wir haben das Geschäft in der Fraktion diskutiert und uns für den Artikel 40 PBO zu einem Änderungsantrag entschlossen. Begründung:

- Der PBO-Artikel 40 aus dem Jahre 2003 muss ersetzt werden. Die aktuelle Formulierung erscheint aus heutiger Perspektive nicht mehr praktikabel.
- Es ist die Aufgabe der Linienverantwortlichen am Arbeitsplatz für ein gesundes und gutes Arbeitsklima zu sorgen. Artikel 40 Absatz 1 weist darauf hin und gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, die sinnvollen und notwendigen Präventivmassnahmen zu ergreifen.
- Im aktuellen Fall ist es für die Betroffenen wichtig, unkompliziert und einfach eine klar definierte Ansprechstelle zu haben, mit der das heikle Problem vertrauensvoll aus der Welt geschaffen werden kann.
- Art. 40 Abs. 3 b ist eine Möglichkeit zur Eskalation, die spezifisch ergriffen werden kann.
- All diese Fälle bedingen - wenn es einmal soweit kommen sollte - einer internen Massnahme.

Aus all diesen Gründen stellen wir den nachfolgenden **Änderungsantrag Nr. 1** den Art. 40 der PBO wie folgt abzuändern:

1. *Der Arbeitgeber Gemeinde Ostermundigen sorgt für Nulltoleranz punkto Mobbing und sexueller Belästigung.*
2. *Jeder/Jede Mitarbeitende hat das Anrecht, sich bei Verletzung von Art. 40 Abs. 1 vertrauensvoll an den Personaldienst oder an den Gemeindepräsidenten zu wenden.*
3. *Die in solch speziellen Fällen angesprochene Stelle bereinigt den Fall zusammen mit dem/der betroffenen Mitarbeitenden*
 - a. *durch direkten Dialog;*
 - b. *durch den Beizug einer kompetenten, neutrale Stelle.*

Im Prinzip sind alle heute erwähnten Punkte auch im Änderungsantrag enthalten. Allerdings kein Abonnement für einige tausend Franken zugunsten einer externen Fachstelle. Ich erwarte von den leitenden Stellen innerhalb der Verwaltung und im Gemeinderat die Kompetenzbereitschaft als erste Ansprechstelle bereit zu sein.

Walter Bruderer (FORUM): Ich habe das Geschäft nicht eingehend studiert. Trotzdem stellt sich mir eine "Neugierfrage": Wie ist in Ostermundigen die Problematik "Whistleblowing⁴⁾" geregelt?

Jacques Biner (SP): Mobbing ist ein sehr heikles Thema. Die Fälle müssen mit Diskretion behandelt werden und das Vertrauen steht im Vordergrund. Es ist sehr wichtig, dass die Mitarbeitenden professionelle Hilfe und Beratung erhalten. Noch wichtiger ist, dass die Unterstützung durch eine unabhängige Stelle angeboten wird. Aber Achtung, diese Massnahme allein reicht nicht. Es braucht auch im Betrieb Gegenmassnahmen wie z. B.:

- Transparenz und offene Hierarchie;
- Aufklärungsarbeit über Mobbing, Mobbing thematisieren;
- Führungsschulung, Teambberatung;
- Verbesserung der Arbeitsabläufe und des Informationsflusses;
- usw.

Wir freuen uns, dass die Gemeinde diesen Weg einschlagen möchte. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird ohne Vorbehalt die Anpassung des Art. 40 unterstützen.

Eduard Rippstein (CVP): Die Aussagen der FDP-Fraktion haben mir weh getan. Es ist eine Tatsache, dass wenn etwas Personelles passiert, dies ausschliesslich schleichend geschieht.

⁴⁾ Wikipedia: Ein **Whistleblower** (vom [Englischen](#) *to blow the whistle*; auf Deutsch wörtlich: „die Pfeife blasen“) bzw. **Hinweisgeber** ist ein [Informant](#), der Missstände, wie illegales Handeln (z. B. [Korruption](#), [Insiderhandel](#) und [Menschenrechtsverletzungen](#)), oder allgemeine Gefahren, von denen er an seinem Arbeitsplatz oder auch beispielsweise bei einer medizinischen Behandlung erfährt, an die [Öffentlichkeit](#) bringt.

Dann ist schnelle Hilfe gefragt und dann ist der direkte Vorgesetzte resp. der Gemeindepräsident nicht die richtige Anlaufstelle. Aus diesem Grund ist der Vorschlag des Gemeinderates absolut sinnvoll.

Anlässlich der letzten GPK-Sitzung haben wir vernommen, dass die Verwaltung aufgrund einer Intervention der "Arbeitsgruppe Personalrekrutierung" tatsächlich Verbesserungsmaßnahmen vorzunehmen gedenkt. Schleichende Personalprobleme müssen von externen Fachstellen angegangen werden.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Zu

- Position 1.5 - Kostenvoranschlag

Die offerierten Fr. 180.-- pro Stunde plus eine Grundpauschale von Fr. 2'000.-- sind überhöht. Eine Beratungsstunde von Fr. 180.-- ist nicht wenig und mir unbekannt. Dazu noch eine Grundpauschale von Fr. 2'000.-- ist unverständlich. Solche unverschämte Ansätze können nur bei öffentlichen Betrieben verrechnet werden.

Heinz Gfeller (FDP): Die finanziellen Summen liegen in der Kompetenz des Gemeinderates. Wenn der Gemeinderat bereit ist, pro Jahr Fr. 2'000.-- einzusetzen, dann erwarte ich, dass eine Präventivleistung eingekauft wird. An der Betriebskultur muss präventiv gearbeitet werden.

Lucia Müller (SVP): Wir haben dieses Geschäft in der SVP-Fraktion aufs heftigste diskutiert. Der Stundenlohn von Fr. 180.-- ist angemessen - hier sind Fachleute an der Arbeit. Wer schon einmal Opfer eines Mobbingfalls oder Opfer einer sexuellen Belästigung geworden ist, der weiss, dass es heikel ist, innerhalb des Arbeitsplatzes sich Personen anzuvertrauen. Bei den Fr. 2'000.-- handelt es sich um einen jährlichen Versicherungsbeitrag, welchen wir in den nächsten zwei, drei Jahren nicht gebrauchen, aber dann froh sind, wenn dieser zur Verfügung steht.

Christian Zeyer (SP): Die Fr. 2'000.-- als Grundpauschale sind zu viel und schräg. Das Ganze ist notwendig und muss wie vorgeschlagen vorgenommen werden. Das Ganze wird viel teurer, wenn die Missstände nicht frühzeitig angegangen werden. Auch die externe Fachstelle für eine tiefe Eintrittsschwelle als Intervention ist absolut notwendig. Die Gemeinde muss sich die Frage stellen, welchen Gegenwert sie für die Fr. 2'000.-- pro Jahr erhält (z. B. Prävention). Fr. 2'000.-- ohne Gegenwert kann niemand in Rechnung stellen.

Rahel Wagner (EVP): Die Angebote der Stadt Bern und Köniz werden in der Botschaft erwähnt. Wie lösen diese beiden Gemeinden die Grundpauschale?

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich bitte den Grossen Gemeinderat (GGR) dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Dem Votum von Heinz Gfeller (FDP) möchte ich anfügen, dass es den Mitarbeitenden offen steht, sich an den Gemeindepräsidenten resp. Personaldienst zu wenden. Im vorliegenden Fall kommt eine externe Beratungsstelle zum Zuge. Diese Stelle kann keine Sanktionen ergreifen. In der Botschaft wird im letzten Satz der Beschlusseziffer 1 erwähnt: *...Der Gemeinderat regelt die Aufhebung der Vertraulichkeit gegenüber dem Personaldienst.*

Wieso muss dies geregelt werden? Die Idee ist da, dass die Mitarbeitenden die externe Beratungsstelle aufsuchen können, dies jedoch nur zu einer bestimmten Anzahl an Beratungsstunden pro Jahr. In dieser Zeit ist das Verfahren anonym. Die Gemeinde erhält irgendwann eine Rechnung. Die Beratungsstelle ist der Gemeinde gegenüber nicht verpflichtet, ihre Kundschaft namentlich zu erwähnen. Diese Beratungsdauer ist befristet. Wenn es weiter gehen soll, muss der Personaldienst in den Fall integriert werden. Erst dann kann er reagieren und entsprechende Entscheide resp. Sanktionen fällen.

- Grundpauschale

Verschiedene Gemeinden wurden zu diesem Geschäftsgang angefragt. Die Firma MOVIS hat den Gemeinderat überzeugt und die kostengünstigste Variante dargelegt. Die Stadt Bern hat ihrer Grösse entsprechend eine eigene Regelung und ein Vergleich ist nicht möglich.

Die Fachstelle muss für ihren Bereitschaftsdienst entschädigt werden. Wie sollten wir sonst das Geschäft lösen? Eine interne Lösung mit internen Fachkräften und jährlichem Schulungsaufwand fällt bestimmt viel teurer als Fr. 2'000.-- pro Jahr aus. Auch mit dieser Pauschale liegt eine günstige Lösung vor. Wenn der Gemeinderat noch eine bessere Lösung findet, wird er dieser den Zuschlag erteilen.

- Frage Walter Bruderer (FORUM) zum Thema "Whistleblowerin"

Dies ist ganz ein anderer Fall. Da geht es vermehrt um vertrauliche Daten. Es bestehen kantonale und lokale Regelungen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die Abstimmung über den **Änderungsantrag Nr. 1** von Heinz Gfeller (FDP) ist noch vorzunehmen. Dieser lautet wie folgt:

1. *Der Arbeitgeber Gemeinde Ostermundigen sorgt für Nulltoleranz punkto Mobbing und sexueller Belästigung.*
2. *Jeder/Jede Mitarbeitende hat das Anrecht, sich bei Verletzung von Art. 40 Abs. 1 vertrauensvoll an den Personaldienst oder an den Gemeindepräsidenten zu wenden.*
3. *Die in solch speziellen Fällen angesprochene Stelle bereinigt den Fall zusammen mit dem/der betroffenen Mitarbeitenden*
 - a. *durch direkten Dialog;*
 - b. *durch den Beizug einer kompetenten, neutralen Stelle.*

A b s t i m m u n g

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Heinz Gfeller (FDP) wird mit 30 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

1. Dem GGR wird beantragt, den Wortlaut der Personal- und Besoldungsordnung (PBO) Artikel 40 wie folgt anzupassen:

Stelle für besondere Fälle

Der Gemeinderat bezeichnet die zuständige, fachkompetente Stelle, an welche sich Mitarbeitende im Fall sexueller Belästigung oder von Mobbing vertraulich und ohne Kostenfolge wenden müssen. Der Gemeinderat regelt die Aufhebung der Vertraulichkeit gegenüber dem Personaldienst.

2. Artikel 36 PBO „Aufsichtsbeschwerde“, Absatz 6 wird gestrichen.

40.6.2.20 Kehrriechtabfuhr; Anschaffung und Unterhalt (früher: 40.623)

18. Kehrriechtfahrzeug Jahrgang 1995; Genehmigung eines Investitionskredits für die Ersatzbeschaffung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Henrik Schoop (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der Abteilung Tiefbau für die kooperative Haltung. Hiermit beantrage ich die Rückweisung des Traktandums Nr. 18 an den Gemeinderat, wegen fehlender Ganzheitlichkeit. Vermehrt muss betriebswirtschaftliches Denken in die Investitionsbeschaffungen der Gemeinde einfließen, damit wir ein Gegensteuer zur schlechten finanziellen Situation der Gemeinde geben können und dem GGR-Sparauftrag gerecht werden.

Um über eine Investition entscheiden zu können, ist es nötig, alle möglichen Alternativen im Bereich Abfallentsorgung zu prüfen. Insbesondere:

- Kooperation mit Nachbargemeinden (Nutzung von Skaleneffekten)
- Outsourcing an ein privates Unternehmen

Erst wenn diese Punkte abgeklärt sind, hat der GGR eine echte Vorlage, um über die Zukunft der Abfallentsorgung in Ostermundigen zu entscheiden. Denn eine Ersatzbeschaffung eines neuen Fahrzeugs verhindert dieses Umdenken für die nächsten 15 Jahre!

Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass erst wenn die oben erwähnten Fragen geklärt sind, der GGR definitiv über das vorliegende Geschäft entscheiden soll.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Über den **Ordnungsantrag** von Henrik Schoop (FDP) hat das Parlament sofort abzustimmen.

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag von Henrik Schoop (FDP) wird mit 26 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Peter Wagner (EVP): Die Kehrriechtabfuhr ist ein überaus wichtiger Dienst, nicht nur in unserer Gemeinde, sondern auf der ganzen Welt. Hätten wir keine Fahrzeuge oder würde das Personal streiken, so hätten wir Zustände, wie sie teilweise in Neapel vorkamen: Rattenplage, Gestank und Krankheiten sind die Folgen.

Im vorliegenden Geschäft kann man sich nun fragen, ob das zu ersetzende Kehrriechtfahrzeug seinen Dienst noch ein paar Jahre länger tun würde. Die umfassende, sehr sorgfältige Überprüfung aller Faktoren durch die Abteilung Tiefbau, sowie die ausführliche und nachvollziehbare Begründung in der Botschaft haben die EVP-Fraktion überzeugt, dass ein Ersatz nicht nur sinnvoll, sondern notwendig ist. Ganz besonders begrüßen wir den zusätzlichen Einbau eines Partikelfilters, auch wenn die EURO-5-Abgasnorm mit EEV bereits einen hohen Standard bezüglich Umweltverträglichkeit aufweist. Wie in der Tabelle auf Seite 6 ersichtlich ist,

kann mit dem Partikelfilter nochmals eine Reduktion des Kohlenmonoxidausstosses von 90 % erreicht werden. Gegenüber dem neuen Fahrzeug ist das zu ersetzende Kehrlichfahrzeug eine eigentliche "Dreckschleuder".

Die EVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Geschäft zu und dankt an dieser Stelle dem Personal der Kehrlichentsorgung ganz herzlich für seine wertvollen Dienste.

Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion stimmt dem vorliegenden Geschäft zu. Uns liegt eine sorgfältige Evaluation vor. Die vorliegende Variante ist die Beste. Es ist absolut notwendig, dass heutige Kehrlichfahrzeug zu ersetzen.

Madeleine Schenk (FORUM): Die Ersatzbeschaffung des Kehrlichfahrzeugs wie vorgeschlagen ist für uns nötig und klar. In der Tiefbaukommission habe ich dem Antrag mit Partikelfilter zugestimmt, dies zum Schutze der Mitarbeitenden des Werkhofs, der Umwelt zuliebe und auch weil an der GGR-Sitzung vom 17. März 2005 eine von uns lancierte, entsprechende Interpellation behandelt wurde. Unsere Forderung damals (wie heute) lautet: "Partikelfilter für Dieselfahrzeuge". Die vorliegende Botschaft an den GGR schlägt vor, das Fahrzeug mit Partikelfilter zu beschaffen. Dank neuester Technologien, ich nehme an, dass wir genau von dieser profitieren, benötigen Fahrzeuge mit Partikelfilter nicht mehr Treibstoff als Fahrzeuge ohne Filter.

Ich bin sehr gespannt, wie die Abstimmung ausfällt. Ob nun jeder Franken den Finanzen zuliebe gespart wird, ohne dabei auf die Umwelt, die Gesundheit der Bewohnenden und Arbeitnehmenden zu achten. Ich bitte den Rat, dieser Beschaffung in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Thomas Wegmüller (SVP): Die SVP-Fraktion bedankt sich bei den beteiligten Stellen. Wir finden das Geschäft inkl. Partikelfilter eine gute Sache und können diesem mit bestem Dank an die Benutzenden zustimmen.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Besten Dank für die zustimmenden Voten aus dem Plenum. Es liegen keine technischen Fragen vor. Ich möchte noch die nachfolgende Ergänzung anbringen:

- Idee Henrik Schoop (FDP): Outsourcing der Kehrlichabfuhr

Vor dieser Aktion möchte ich sehr warnen. Die Kosten haben wir gut im Griff. Ein Fahrzeugkonzept für sämtliche Werkhoffahrzeuge liegt vor. Abklärungen für allfällige Reparaturen resp. Ersatzbeschaffung wurden in jeder Hinsicht gründlich vorgenommen. Bei einem Outsourcing hätten bestimmt Probleme mit der Zuverlässigkeit, der Sauberkeit etc.. Eine funktionierende Abfallbewirtschaftung ist eine gute Visitenkarte der Gemeinde!

Christian Zeyer (SP): Als Vertreter der Swissclim-Tech - ein Verband der sich für nachhaltige Bewirtschaftung einsetzt - erachte ich das Bild von Regula Unteregger in Bezug auf Outsourcing als ein wenig schräg. Viele Gemeinden nehmen bereits heute ein professionelles Outsourcing vor.

Eduard Rippstein (CVP): Ich war Mitglied der Tiefbaukommission. Das Thema "Kehrichtoutsourcing" wurde schon mehrmals geprüft. Die Berechnungen haben stets aufgezeigt, dass die interne Kehrichtentsorgung wesentlich billiger ausfällt als eine externe Lösung.

Peter Wagner (EVP): Ich möchte darauf hinweisen, dass das neue Kehrichtfahrzeug auch für den Winterdienst gebraucht wird. Was geschieht, wenn die Kehrichtabfuhr ausgelagert wird - dann steht uns dieses Fahrzeug für den Winterdienst nicht zur Verfügung. Im letzten Winter waren wir froh über den Einsatz sämtlicher Schneeräumungsfahrzeugen.

Lucia Müller (SVP): Wenn wir die Kehrichtabfuhr selber ausführen, dann können wir auch die Arbeitsbedingungen inkl. Personal selber festlegen. Was geschieht, wenn die beauftragte Firma die Arbeitsleistungen nicht zu unserer vollsten Zufriedenheit ausführt? Diesen Missstand wollen wir nicht.

Christian Zeyer (SP): Zu

- Votum Eduard Rippstein (CVP):

Ich finde es komisch, dass in den gemeinderätlichen Unterlagen keine Aussagen über das Outsourcing erwähnt werden. Für eine saubere Beurteilung des Geschäftes müsste da ein Hinweis festgehalten sein.

- Votum Lucia Müller (SVP):

Es gibt viele Firmen, welche gut funktionieren und gute Arbeitsbedingungen ausweisen. Die Gesetze müssen alle Firmen einhalten. Gewisse Vorurteile sollten einmal hinterfragt werden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Schlussabstimmung kann vorgenommen werden. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Gestützt auf das „Konzept für die Beschaffung von Fahrzeugen der Abteilung Tiefbau“ ist das Fahrzeug Nr. 1 (Scania BE 139 969, Jahrgang 1995) durch einen MAN TGS Euro 5 mit Partikelfilter mit Aufbau der Firma Contena AG zum Gesamtpreis von Fr. 351'453.60 (Fahrzeugchassis Fr. 174'873.60, Kehrichtaufbau Fr. 152'820.--, Partikelfilter Fr. 23'760.--, inkl. MWST und Eintausch Scania BE 139 969) zu ersetzen.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung wird ein Kredit von netto Fr. 351'453.60 bewilligt.

10.3.72 Motionen
50.8.01 Vandalismus

19. Motion SVP-Fraktion betreffend Vandalismus 2; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die schriftliche Beantwortung der Motion wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Der Motionär kann sich noch zum Geschäft äussern.

Thomas Wegmüller (SVP): Der Wortlaut der Motion sowie die Beantwortung seitens Gemeinderat liegen vor. Wir wollen keine Ursachendiskussion betreffend Vandalismus führen. Fakt ist: Vandalismus ist nicht akzeptierbar und verunsichert die Allgemeinheit. Dieser Missstand kann und darf nicht geduldet werden!

Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Arbeitsgruppe "Vandalismus" für das schnelle und aktive Eingreifen und Handeln aufgrund der Vorfälle in den Monaten Februar und März 2011. Die Beantwortung der Fragen leuchtet uns ein und diese können teilweise auch nachvollzogen werden. Was uns jedoch sehr erstaunt, ist die Trägheit von juristischer Seite: Wenn die Täterschaft gefasst ist, so kann diese nur schwerlich verurteilt und zur Rechenschaft gezogen werden. Wir bitten den Gemeinderat, diesbezüglich noch vermehrt Druck auszuüben.

Die SVP-Fraktion bittet das Parlament, die vorliegende Motion entsprechend den gemeinderätlichen Ausführungen zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Es wurde bereits mehr Polizeipräsenz eingesetzt. Die Thematik "Videoüberwachung" ist sehr schwierig und die Umsetzung ist nicht einfach. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er periodisch (mindestens halbjährlich) ein Statement aus der Arbeitsgruppe "Vandalismus" abgibt. Wir werden weiterhin ein gezieltes Augenmerk auf dieses Thema werfen. Ich bitte den Rat, die Motion wie vorliegend zu überweisen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich habe eine Verständnisfrage: Ein Punkt (Ziffer 3) der Motionäre ist nicht deckungsgleich mit der Haltung des Gemeinderates. Halten die Motionäre an ihrem Wortlaut fest?

Thomas Wegmüller (SVP): Wir nehmen den Vorschlag des Gemeinderates entgegen.

Bruno Grossniklaus (SP): In Ostermundigen geistert das Vandalismus-Gespenst. Erlaubt sei mir eine ganze wichtige Klarstellung: Es ist nicht die Mehrheit der Jungen, welche für den Vandalismus verantwortlich sind. Hier ist eine kleine Gruppe von kriminellen Personen am Werk. Vandalismus ist schlicht nicht tolerierbar!

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat sich bereits mehrmals für präventive Sicherheit und Repressionen eingesetzt. Mit der Motion von Norbert Riesen (SP) für mehr Polizeipräsenz hat sich meine Fraktion bereits im Jahre 2008 für mehr Sicherheit in Ostermundigen eingesetzt. Wir dürfen jetzt nicht dem blinden Aktionismus verfallen; überlegtes Handeln ist gefragt.

Wir begrüssen, dass die SVP-Fraktion der Beantwortung seitens Gemeinderats zustimmen kann. Die Gemeinde Ostermundigen ist beim Thema "Vandalismus" viel aktiver als manche andere Gemeinde im Kanton Bern.

Beat Leumann (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt die Motion der SVP-Fraktion vollumfänglich. Ein Schnellverurteilung analog dem Hooliganismus im Sport (nur im Kanton St. Gallen) sollte auch beim Vandalismus möglich werden. Die Justiz ist gefordert, rasch die notwendigen Weichen zu stellen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich habe mir die folgenden Fragen gestellt:

- Im Strassenverkehrsgesetz ist der Bussenkatalog bei Geschwindigkeitsübertretung klar geregelt. Wieso ist dies im Vandalismus nicht möglich?
- Die Spraywand im Oberfeld wurde bereits abgerissen. Hat der Gemeinderat Ersatzstandorte vorgesehen?

Sandra Löhner (CVP): Auch die CVP-Fraktion unterstützt die Motion der SVP. Besten Dank dem Gemeinderat für die Medienmitteilung zu den Vorfällen. Eine Beschleunigung der laufenden Verfahren - wie vom Gemeinderat erwähnt - ist unbedingt anzustreben.

Uns interessiert noch ein Punkt: Die Verstärkung der Patrouillen mit Police Bern haben welchen Einfluss auf unser Gemeindegebiet? Besteht noch Flexibilität oder bewegen wir uns bereits ausserhalb des Budgets?

Renate Bolliger (EVP): Ich kann sehr gut nachvollziehen, warum die SVP diese Motion eingereicht hat. Die Vandalenschäden der letzten Zeit haben auch uns von der ÈVP nicht unberührt gelassen. Es macht sehr betroffen, dass Jugendliche schon ein solches Zerstörungspotential haben. Nach meinen Hintergrundinformationen waren die vermutlichen Täter noch sehr jung, zum Teil noch nicht einmal aus der Schule entlassen. Mein Sohn, welcher im gleichen Alter ist, kennt die Szene in Ostermundigen bestens. Betroffen macht mich, was er mir über die Gangs erzählt hat und was da alles unter den Jugendlichen abläuft.

Ich denke, die Polizei hat nach den neuerlichen Schäden gut gearbeitet. Die Täter wurden gefasst. Dass gewisse Leute schon wieder auf freiem Fuss sind, ist wegen den langsamen Verfahren schon schwierig. Da finde ich es gut, dass der Gemeinderat bei den zuständigen Behörden interveniert. Wir erachten die Antwort und die getroffenen Massnahmen des Gemeinderates als sinnvoll.

Bei dieser ganzen Vandalengeschichte frage ich mich oft, wo müssen wir ansetzen, dass die Jugendlichen nicht auf solche Ideen kommen. Und da komme ich unweigerlich auf die Prävention zu reden. Für mich wäre es einfach zwingend nötig, in Zukunft nicht an den präventiven Massnahmen zu sparen, zum Beispiel an der Schulsozialarbeit. Ich hoffe sehr, dass beim nächsten Budget nicht in diesem Bereich schmerzhaft Eingriffe gemacht werden.

Colette Nova (SP): Nach der heutigen Debatte sind wir uns gegen die repressiven Massnahmen bezüglich Vandalismus einig. Die Präventionsarbeit ist in anderen Bereichen notwendig. Die gefasste Täterschaft sollte möglichst schnell verurteilt werden. Die Gemeinde Ostermundigen macht in dieser Hinsicht sehr viel. Es ist wenig sinnvoll, in der Prävention finanziell zu sparen. Ende Jahr anlässlich der Budgetdebatte sollten wir uns an die heutige Debatte erinnern, wenn soziale Massnahmen zur besseren Eingliederung von Jugendlichen die finanzielle Unterstützung benötigen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Bevor ich das Wort der zuständigen Gemeinderätin erteilen kann, möchte ich die Rechtssituation klären. Aus meiner Sicht liegen zwei politische Vorstösse (Motion und Postulat) vor. Inhaltlich herrscht Einigkeit. Ich schlage der SVP-Fraktion vor, die Ziffer Nr. 3 wie folgt abzuändern:

Der Einsatz von eventuellen fixen oder mobilen Überwachungskameras an neuralgischen Punkten ist im Rahmen der geltenden gesetzlichen Auflagen zu prüfen.

Wenn die Ziffer Nr. 3 in ein Postulat umgewandelt werden soll, so wird das Abändern im Wortlaut (prüfen anstelle von durchzuführen) unerlässlich.

Thomas Wegmüller (SVP): Ich höre mich nicht Nein sagen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Wir können kein Postulat mit einer Verpflichtung überweisen. Ich zitiere den Wortlaut der Ziffer Nr. 3 nochmals:

Der Einsatz von eventuellen fixen oder mobilen Überwachungskameras an neuralgischen Punkten ist im Rahmen der geltenden gesetzlichen Auflagen zu prüfen.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Besten Dank im Namen der Abteilung Öffentliche Sicherheit und der Arbeitsgruppe "Vandalismus" für die vielen Voten. Das Votum "Justiz" werden wir entgegen nehmen. Dieses unterstützt uns auch in der täglichen Arbeit. Druck seitens Gemeinderats kann nur befürwortet werden. Die Arbeitsgruppe "Vandalismus" befasst sich natürlich nicht nur mit Repression, sondern auch mit Prävention. Das präventive Angebot wurde nochmals geprüft und dieses wird natürlich auch weitergeführt. Dem Votum von Bruno Grossniklaus (SP) kann ich beipflichten: Die grosse Mehrheit der Jugendlichen sind keine Vandalen. Wir befassen uns mit einer kleinen Minderheit von Personen, welche mit ihrem Verhalten grossen finanziellen Schaden anrichten.

- Frage Walter Bruderer (FORUM): Bussenkatalog wie im Strassenverkehrsgesetz

Ein Vergleich mit den Bussen kann hier nicht angestellt werden; der Bereich ist nicht identisch. Sachbeschädigungen sind keine Verkehrsübertretungen und können nicht mit fixem Bussengeld geregelt werden (kein Bagatellschaden). Im vorliegenden Fall ist ein richterlicher Ermessensspielraum notwendig.

- Frage Sandra Löhner (CVP): Verstärkung der Patrouille

Wir besitzen eine gewisse Flexibilität und es gibt noch Spielraum bis Ende Jahr. Das gemeindeeigene Polizeispektorat kann zum Teil beigezogen werden. Der neue Abteilungsleiter

Öffentliche Sicherheit ist zusammen mit dem Personal ebenfalls im Einsatz. Der Handlungsspielraum wird in Absprache mit der Kantonspolizei laufend genutzt.

Departementsvorsteher VJ Erich Blaser (SVP): Zu

- Frage Walter Bruderer (FORUM) betreffend Spraywand; weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat hat beim Jugendamt eine Bedürfnisabklärung in Auftrag gegeben. Das Geschäft ist momentan in der Jugendkommission zur Bearbeitung. An der letzten Kommissionsitzung wurde eine Offerte für eine mobile Spraywand eingeholt. Preislich kann ich mich dazu noch nicht äussern. Die Abteilung Vormundschaft/Justiz bleibt am Ball. Anlässlich der August-Sitzung wird die Standortfrage für eine mobile Spraywand gestellt. Bis Ende Jahr werden dem Parlament nähere Angaben zur Spraywand vorgestellt werden können.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach den gemeinderätlichen Ausführungen kommen wir zur Schlussabstimmung. Ich zitiere nochmals den abgeänderten Wortlaut der Motion:

1. *Der Gemeinderat wird beauftragt, umgehend die vorhandenen Ressourcen zur Verhinderung von Vandalismus auszubauen.*
2. *Besonders der Einsatz von zusätzlichen Polizeipatrouillen oder privaten Wachdiensten in der Nacht ist umgehend vorzunehmen.*
3. *Der Einsatz von eventuellen fixen oder mobilen Überwachungskameras an neuralgischen Punkten ist im Rahmen der geltenden gesetzlichen Auflagen zu prüfen.*
4. *Diese Massnahmen sind vorerst bis Ende 2012 auferlegt und werden im Anschluss neu bewertet. Der Gemeinderat informiert den Grossen Gemeinderat halbjährlich über Resultate.*

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 34 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Motion SVP-Fraktion betreffend Vandalismus 2 wird schriftlich beantwortet.
2. Die Ziffern Nr. 1, 2 und 4 des Wortlautes werden als Motion erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.
3. Der Ziffer Nr. 3 wird im Wortlaut abgeändert, als Postulat erheblich erklärt und an den Gemeinderat zur Weiterbehandlung überwiesen.

10.3.72 Motionen
10.0.11 Regelemente der Gemeinde (früher 10.11)

20. Motion der FORUM-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasser und Abwasser (inkl. Sauber-/Regenwasser) zu aktualisieren; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Wie bereits vorgängig erwähnt, wird diese Motion vom Erstunterzeichner, Walter Bruderer (FORUM), zurückgezogen.

10.3.74	Interpellationen
63.14.20	Personal Jugend- und Freizeithaus
63.14.30	Unterhalt Jugend- und Freizeithaus

21. Interpellation SP-Fraktion zum Betrieb und zur Zukunft des Hangars; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die schriftliche Beantwortung der Interpellation wurde den Parlamentsmitgliedern bereits vorgängig zugestellt.

Christian Zeyer (SP): Wir freuen uns über das Bekenntnis des Gemeinderates zu Gunsten der Jugendarbeit. Dieser Aspekt ist auch in Bezug auf die heute Abend behandelten Vorstösse zum Thema "Vandalismus" zu verstehen. Wir unterstützen die gemeinderätliche Intervention und hoffen auch in Zukunft auf dessen Einsatz.

Wir bitten den Gemeinderat dafür zu sorgen, dass der Hangar auch in Zukunft den Jugendlichen zur Verfügung steht. Die heutige Situation löst unbestritten Lärmkonflikte mit der neuen Nachbarschaft am Jurablickweg aus. Es ist zu befürchten, dass die Lärmwerte bei privaten Anlässen in Zukunft auch bei Jugendarbeit zu Reklamationen führen werden. Der Gemeinderat hat klare Aktionen zu treffen und es darf nicht vorkommen, dass die Jugendarbeit im Hangar eingeschränkt resp. sogar beendet werden muss. Für den Hangar müsste ein Ersatzstandort gefunden werden und dies würde zu unnötigen Kosten führen. Besten Dank dem Gemeinderat für sein "aktives Auge" zugunsten des Hangars.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die Interpellanten sind mit der gemeinderätlichen Antworten zufrieden.

Damit kommen wir zum Schluss der heutigen Sitzung. Ich möchte noch auf die vier parlamentarischen Neueingänge, welche heute Abend am Ratstisch abgegeben worden sind, aufmerksam machen. Diese werden als Traktanden Nr. 22 bis 25 dem Protokoll angehängt.

10.3.72 Motionen
10.0.11 Reglemente der Gemeinde (früher: 10.11)

22. Motion FORUM-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasser und Abwasser (inkl. Sauber-/Regenwasser) zu aktualisieren; parlamentarischer Neueingang

1. Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament bis spätestens Ende 2011 schriftlich zu berichten, wie er die in der Motionsbegründung dargestellten Probleme beurteilt und auf welche Weise er sie bis wann lösen will.

2. Begründung

Verschiedene Aspekte, die sich auf die erwähnten Vorschriften und in der Folge auf Tarife, Abläufe und Beziehungen auswirken, haben im Laufe der Jahre geändert und zwar sowohl aus Sicht der Gemeinde als auch der Wasserbezüger und Abwasser-/Sauberwasserlieferanten. Als wichtig bei der Aktualisierung erwarten wir, dass die nachstehenden Aspekte auch aus Sicht der Gebührenzahler unvoreingenommen beurteilt werden:

2.1. Gebührenpolitiken

Jene von ARA und Gemeinde sind vollständig offen zu legen. Es ist denkbar, dass der forcierte Wechsel von Grün- zu versiegelten Flächen zu den steigenden Abflussmengen führt(e). Sobald kein Sauberwasser mehr durch die Abwasserleitungen fliesst, sind sie häufiger durchzuspülen. Sonst könnten unerwünschte Gerüche entstehen.

2.2. Regenwassergebühr

Zur Entlastung der Abwassernetze empfahl der Kanton, Regenwasser sei möglichst am Entstehungsort versickern zu lassen und dadurch die Abwasserinfrastruktur zu entlasten. Um diesen Kapazitätsproblemen Rechnung zu tragen, regelte die Gemeinde auf Grund des Reglementes, es seien sämtliche Liegenschaften, die ihr Sauberwasser noch der Kanalisation zuleiten, der Gebührenpflicht zu unterstellen. Die Liegenschaftsbesitzer werden dadurch zum Versickern von Sauberwasser oder zum Bau von Versickeranlagen gezwungen. Betroffen von dieser einschneidenden Massnahme sind insbesondere jene Bauten, die vor Jahren oder gar Jahrzehnten erstellt wurden und deren Baubewilligungen ausdrücklich die Bedingung enthielten, Wasser sei via Kanalisation abzuleiten.

Im Gegensatz zu Ersteller von Neubauten sind demzufolge Eigentümer von Altbauten (Wohn-/ Gewerbebezwecke) bau- oder terrainbezogen gar nicht (mehr) in der Lage, ihr liegenschaftsinternes Leitungsnetz problemlos umzugestalten. Eine Anpassung wäre oft mit unverhältnismässig hohen Kosten verbunden und würde sich letztlich auf den Wert oder den Mietpreis des Objekts auswirken. Es drängen sich darum Offenlegungen zu folgenden Aspekten auf:

- a. Ob es zulässig ist, verbrieftes Recht zum Einleiten auch von Regenwasser in die Kanalisation der Einfachheit halber durch die Einforderung von Gebühren zu „ändern“? Bezahlte Gebühren allein tragen ja nichts zur angestrebten Verminderung von Regenwasser bei. Zudem ist nicht alles Regenwasser ohne hohe Investitionsfolgen auf der eigenen Liegenschaft ohne Weiteres sinnvoll versickerbar.

- b. Ob Inhaber von Baubewilligungen damit rechnen müssen, dass die Gemeindebetriebe jederzeit, beispielsweise mit Hilfe eines parlamentarischen Beschlusses, nachträglich irgendwelche bauliche Änderungen auf einer Liegenschaft erzwingen bzw. bei allfälliger Nichtbeachtung ersatzweise Gebühren verlangen können?

2.3. *Gebührentarif für Regenwasser*

Selbst wenn die totale Durchsetzung einer Regenwassergebühr nicht bestritten würde, stossen die treppenartig ansteigenden Gebührenkategorien vielerorts auf Unverständnis. Es wird beanstandet, eine nicht linienartige Verrechnungskurve sei willkürlich und missachte das Verursacherprinzip. Mit diesem Vorgehen entziehe die Gemeinde in Grenzfällen nicht nur den Liegenschaftsbesitzern Kaufkraft, sondern ggf. auch der Mieterschaft, welche die Gebühren letztlich zu tragen hat. Es ist dafür zu sorgen, dass Gebühren für alle Zahlungspflichtigen stets nachvollziehbar und vor allem auch verursachergerecht sind.

2.4. *Konto „Regenwassergebühr“*

Es wäre zweckmässig, in den Gemeinderechnungen ein separates Konto fürs „Sauberwasser“ zu führen. Daraus liesse sich ableiten, welcher Realisierungserfolg bei welchen Aufwänden und Erträgen entsteht, auch im Vergleich mit Gemeinden, welche die Regenwassergebühr bereits eingeführt haben.

2.5. *Bauliche Änderungen im Wasser-/Abwassernetz*

Erwähnenswert ist, dass zur Zeit Liegenschaftsbesitzer zu Beitragsleistungen an Änderungen im Wasser-/Abwassernetz verpflichtet werden, für die sie in keiner Weise verantwortlich sind, z. B. bei nötigen Kapazitätserweiterungen (Bau neuer Siedlungen und Betriebe) oder bei Leitungsverlegungen im Hinblick auf den Bau von Tramgleisen. Es besteht die Gefahr, dass der eigentliche Aufwanverursacher sich an den Kosten nur ungenügend zu beteiligen hat. Der Souverän wurde bisher weder übers forcierte Wachstum der Gemeinde noch die Tramumstellung verbindlich befragt.

2.6. *Offertstellung für Kanalisationsarbeiten*

Von verschiedenen Hauseigentümern stammt der Hinweis, dass privat eingeholte Offerten wesentlich günstiger ausfallen als jene der Gemeindebetriebe. Zudem sei die Endabrechnung der Gemeinde meistens massiv günstiger als der Kostenvoranschlag. Bei hohen Differenzen besteht die Gefahr, dass die Gemeindebetriebe das Vertrauen der Hauseigentümer gleichwohl verspielen. Massive Budget- und Rechnungsabweichungen sind nicht zu rechtfertigen.

2.7. *Verfalldatum der Leitungen*

Die Gemeinde muss davon ausgehen, dass sich in der Regel kein Liegenschaftsbesitzer freut, wenn er aus für ihn nicht nachvollziehbaren Gründen, zum Beispiel bei verhältnismässig neuen, nach seiner Einschätzung noch intakten Leitungen, hohe Beiträge zur Änderung oder Erneuerung oder Erweiterung des Wasser-/Abwassernetzes beizusteuern hat. Viele Eigentümer fragen sich, warum die Gemeinde ihre Leitungen auf 80 Jahre abschreibt, wenn sie diese gleichwohl bereits nach 30 Jahren ersetzen „muss“. Das einzig nachvollziehbare Kriterium für einen Leitungersatz (Sicht Gebührenzahler) müsste der Zustand der Leitung auf dem eigenen Grundstück sein.

2.8. *Forciertes Wachstum der Gemeinde*

Die finanziellen Konsequenzen des forcierten Wachstums der Gemeinde könnten - soweit dies die kantonalen Vorschriften zulassen - teilweise aus Steuergeldern, Mehrwertabschöpfungen oder Grundeigentümerbeiträgen mitfinanziert werden. Die damit im Zusammenhang entstehenden Kosten für den erstmaligen Bau bzw. die Erweiterung des Ver-/Entsorgungsnetzes sollten vollständig von der Bauherrschaft getragen werden. Auch die Feuerwehrrechnung oder/und die Gebäudeversicherung, die von den vorsorglichen Anstrengungen der Gemeindebetriebe in grossem Ausmass profitieren, müssten konsequenterweise ihren Finanzierungsanteil beisteuern. Wenn eine Gemeinde mehr Einwohner generieren will, sind bauliche und finanzielle Aufwände nicht zu vermeiden. Die bisherigen Gebührenzahler „Wasser, Abwasser, Regenwasser“ sind jedoch keineswegs die Verursacher.

2.9. *Gebührenzahler sind auch Kunden!*

Der mündliche und schriftliche Verkehr zwischen Gemeinde und gebührenpflichtigen Bewohnern ist in jeder Beziehung sowie im gegenseitigen Interesse in allen Phasen vertrauenerweckend und kundenkonform abzuwickeln.

Empfehlenswert wäre, vor der Revision von Vorschriften und dem Erlass von Verfügungen die Gebührenzahler anzufragen, wo sie betr. Wasser, Abwasser und Regenwasser der Schuh drückt und wie dieser Druck am besten abbaubar ist. Auch das Auswerten von Reklamationen könnte eine wertvolle Hilfe sein.

sig. W. Bruderer
T. Bendoza
R. Rüfli
M. Schenk
E. Schaller

10.3.72 Motionen
10.0.11 Reglemente der Gemeinde (früher: 10.11)

23. Motion FDP-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasserversorgung und Abwasserentsorgung so anzupassen, dass das Verursacherprinzip konsequent eingehalten und Unterhaltsprojekte ohne Vermischung der Verantwortlichkeiten Gemeinde/Landanstösser durchgeführt werden können; parlamentarischer Neueingang

Begründung

- Der Koordinierungsaufwand bei Unterhaltsprojekten ist unverhältnismässig kosten- und zeitintensiv.
- Landanstösser werden unnötig in Unterhaltsprojekte der Gemeinde involviert.
- Landanstösser werden fälschlicherweise gedrängt, sich der Terminplanung der Gemeindebetriebe kurzfristig anzupassen.
- In vielen Gemeinden hat sich die klare Trennung der Verantwortungsbereiche bestens bewährt.

Umsetzungsansatz

- Die Gemeindebetriebe übernehmen die Leitungsanschlüsse bis zur Parzellengrenze in ihr Eigentum spätestens beim Leitungsersatz in der Quartierstrasse.
- Leitungsanschlüsse vor Leitungsersatz werden vor dem Leitungsersatz mietweise vom Eigentümer übernommen.
- Zur Wahrung der Kostenneutralität wird eine jährlich zu bezahlende Anschlussgebühr auf Basis der Anschlusskapazität erhoben.

sig. H. Gfeller
M. Werner
H. Schoop
B. Leumann

10.3.72 Motionen
20.0.01 Gesetze, Dekrete (früher: 20.01)

24. Motion SVP-Fraktion betreffend Reservation Spezialfinanzierungsgelder (Konto 2281); parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Verwendung der Gelder aus dem Konto 2281 (Spezialfinanzierung), gemäss Art. 4 des Reglementes über die Verwendung von Mehrwertabgaben vom 01.09 2008, folgende Beträge vorsorglich zu reservieren und im Falle einer Umsetzung und Realisation der Investitionsvorhaben zu verwenden, respektive dem finanzkompetenten Gemeindeorgan zur Genehmigung vorzulegen:

1. Für die Sanierung der Schwimmbecken im Freibad Ostermundigen: CHF 4 Millionen.
2. Für ein Verwaltungszentrum mit Saalanlage: CHF 8 Millionen.
3. Für die Förderung des Öffentlichen Verkehrs: CHF 3 Millionen.

Begründung

Die momentane und künftige, finanziell ungünstige Lage der Gemeinde, erlaubt keine grösseren Sprünge und Einsätze für neuere Grossinvestitionsvorhaben. Um so wichtiger ist es, die anstehenden Projekte mit entsprechender Reservation von vorhandenen Geldern umsichtig anzugehen und zu realisieren. Diesbezüglich ist es Aufgabe des Parlamentes und des Gemeinderates, die Rücklagen des Kontos „Spezialfinanzierung“ für künftige Vorhaben im Sinne des Reglementes über die Verwendung von Mehrwertabgaben sicher zu stellen.

sig.	Th. Wegmüller	H.R. Hausammann	P. Bracher
	E. Hirsiger	B. Weber	N. Wegmüller
	L. Müller	G. Zaugg	M. Truog

10.3.74 Interpellationen
30.0.52 Energiekonzept (früher: 30.52)

25. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Stromsparen; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

Ausgelöst von den schrecklichen Ereignissen in Japan - starke Erdbeben und Tsunami verursachten infolge von offensichtlich ungenügend gesicherten Atomanlagen gravierende gesundheitliche und materielle Schäden - wird nebst neuen oder effizienteren Stromquellen nach Möglichkeiten gesucht, um möglichst ohne Atomstrom auszukommen.

Unseres Erachtens sind alle Stromproduzenten und -Konsumenten aufgerufen, dafür zu sorgen, dass massiv weniger Strom verbraucht wird. Da wir davon überzeugt sind, dass sowohl die Industrie, die Gewerbe- sowie alle öffentlichen und privaten Dienstleistungsbetriebe (Verwaltung, Verkehr, Handel, Transporte usw.) als auch die Bevölkerung Strom sparen könnten, stellen wir die folgenden

Fragen

1. Sieht die Gemeinde Möglichkeiten, bereits beim Planen von Geschäfts-, Wohn-, Schul- und Verwaltungsbauten darauf hinzuwirken, dass vor allem tagsüber sowie an Werktagen bedeutend weniger Strom verbraucht wird?
2. Wäre die Gemeinde bereit, Sonnenkollektoren via Baureglement zu bewilligen, die nur auf dem Boden verankert, d. h. nicht auf oder an Gebäuden befestigt sind?
3. Ist die Gemeinde bereit, dafür zu sorgen, dass kein Strom völlig unnötig verbraucht wird z. B. für Aussenbeleuchtungen oder/und Werbeflächen, dies vor allem bei Tageslicht?
4. Ist die Gemeinde bereit, sich zusammen mit anderen Gemeinden und dem Kanton dafür einzusetzen, dass alle Stromlieferanten das Sparen von Strom - z. B. analog „ewb Bern“ - tarifarisch spürbar honorieren?
5. Sieht die Gemeinde andere Möglichkeiten, um möglichst strombewusst zu wirken, d. h. ein optimales Verhältnis zwischen nachweisbar nötigem Strombedarf und hinterfragenswertem Stromverbrauch zu erreichen?
6. Wie könnte die Gemeinde darauf hinwirken, dass auch in Ostermundigen viel Strom hergestellt wird?

sig: W. Bruderer
E. Schaller,
R. Rüfli,
M. Schenk
T. Bendoza

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Protokollführer:

Norbert Riesen

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär